218. Donnerstag den 18. September 1862. 218.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 18. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kaiserlich russischen Kollegien-Assessor und Direktor des Zollamts in Garsden, von Heimowski, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, so wie dem Unterarzt Kloß der Schlesischen Artillerie-Brigade Nr. 6 und dem Rathsdiener Karl Mildner zu Trachenberg im Kreise Militsch das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 126. Königlichen Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Thlrn. auf Nr. 87,634; 1 Gewinn von 5000 Thlrn. auf Nr. 5621; 1 Gewinn von 2000 Thlrn. auf Nr. 62,776; 2 Gewinne zu 1000 Thlrn. fielen auf Nr. 15,691 und 59,087; 1 Gewinn von 300 Thlrn. fiel auf Nr. 29,868 und 13 Gewinne zu 100 Thlrn. fielen auf Nr. 10,836, 15,162, 34,736, 38,756, 39,374, 51,336, 53,695, 55,089, 57,830, 69,792, 79,397, 85,579 und 91,763.

Berlin, den 17. September 1862.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Mittwoch 17. Septbr. Mit dem Dampfer „City of Washington" eingetroffene Berichte aus Newyork vom 8. d. melden, daß General Pope vom Kommando in Virginien enthoben und zum Befehlshaber der Norstwestarmee ernannt worden sei. Die Konföderirten hatten sich von Washington zurückgezogen. 5000 Konföderirte hatten den Potomac in der Gegend bei Point Rooks überschritten und Frederik in Maryland besetzt; sie wurden von den dortigen Separatisten mit Enthusiasmus empfangen. Nach einem Gerüchte befände sich General Jackson mit 40,000 Konföderirten in Frederik. Die Konföderirten beabsichtigen in Pensylvanien zu operiren und bezwecken Washington und Baltimore anzugreifen. Der Gouverneur von Pensylvanien hat Truppen nach Kumberland Valley geschickt, um dem Einfall der Konföderirten Widerstand zu leisten. Die Bewegung der Konföderirten in Frederik hat die für Martinsburg und Harpers Ferry bestimmten Verstärkungen der Unionisten abgeschnitten. General Bragg marschirt auf Nashville; General Buell hat deshalb die Räumung dieser Stadt anbefohlen. Das Panzerschiff „Merrimac" Nr. 2 ist vor Fort Darling erschienen und geht gegen Newport.

Zur Militärfrage.

Das Abgeordnetenhaus hat jetzt der Regierung gezeigt, daß es ihm Ernst ist mit der Absetzung des Extraordinariums, woran sie vielleicht bis zur Spezialdiskussion des Budgets noch gezweifelt hat. In diesem Augenblick scheint eine Sinnesänderung bei ihr eingetreten zu sein, die sich in dem gestern Nachmittag eingegangenen Telegramm sowohl als in andern damit zusammentreffenden Nachrichten kundgiebt. Der König soll auf die Nachricht von dem Beschlusse des Hauses die Minister zu einer Berathung nach Potsdam telegraphirt haben. Wenn, wie es heißt, die Absicht einer Vertagung des Abgeordnetenhauses nicht mehr besteht, eine Auflösung auch nicht als zweckentsprechend betrachtet wird, so bleibt der Regierung weiter nichts übrig, als eine andere Position den Abgeordneten gegenüber einzunehmen und die vorgeschlagene Ausgleichung zu ergreifen. Der vielleicht kurze Zeit gehegte Plan, das Budget von den Abgeordneten durchberathen und dann vom Herrenhause verwerfen zu lassen, könnte nie zum Ziele führen, da, sobald das Abgeordnetenhaus die Reorganisationskosten verworfen hat, die Regierung sich nicht mehr auf ihren „guten Glauben" zu berufen vermöchte und sich durch fortgesetzte Verausgabung der für die Reorganisation ausgesetzten Summen der größten Verantwortlichkeit aussetzen würde.

Sie könnte in dem Falle der Verwerfung des von dem Abgeordnetenhause festgesetzten Budgets durch das Herrenhaus doch höchstens über das Ordinarium verfügen, und die Reorganisation wäre damit faktisch aufgehoben.

Es giebt also für die Regierung gar keine Alternative mehr, sondern nur einen Weg, um ihr Reorganisationswerk und den Frieden unter den gesetzgebenden Gewalten zu retten, das ist der einer Transaktion. Soviel auch bis jetzt von Nachgiebigkeit auf Seiten der Minister die Rede gewesen ist, es löst sich Alles in Worte auf, ihre Zugeständnisse sind auf ein Minimum beschränkt; sie beruhen einzig in der Erklärung, daß man sichs gefallen lassen wolle, mit einem Extraordinarium weiter zu wirthschaften. Es handelt sich bloß um das Geld, nicht um die Form, in der es bewilligt wird. Die vorliegende Frage wird dadurch zu einer bloßen Budgetfrage herabgedrückt, während es der vermittelnden Partei des Abgeordnetenhauses gerade von Wichtigkeit ist, das Principielle derselben und damit die Rechte des Hauses zu wahren. Ohne diese schwer zu verletzen, konnte die Regierung das Provisorium nicht in ein Definitivum umwandeln, was sie aber stillschweigend gethan und damit unzweideutig eingestanden hat, daß sie bei der Ansicht beharrt, einer Indemnität nicht zu bedürfen. Die Erklärung des Herrn v. d. Heydt, daß er nichts dagegen habe, wenn das Haus eine Indemnitätsbill ertheilen wolle, suchte derselben einen rein formellen Werth beizulegen und war eine Verletzung der Würde des Hauses.

So lange man solchen Ton anstimmt, wie der Finanz- und der Kriegsminister auf der einen und die Herren Duncker und Gneist auf der anderen Seite, ist man anscheinend einer Verständigung fern, es muß aber manche schroffe Aeußerung auf Rechnung der momentanen Erregtheit gesetzt werden, einer Erregtheit, die namentlich in den Reihen der Fortschrittspartei einen so hohen Grad erreicht hatte, daß wir die positive Gewißheit haben, mancher Redner habe seiner eigenen Ueberzeugung Gewalt angethan, um nur den Herren Ministern nichts schuldig zu bleiben.

Wie wenig es auch in diesem Augenblick den Anschein hat, in der Majorität der Abgeordneten ist die Neigung zum Transigiren noch nicht ganz erstickt; denn die Ueberzeugung, daß die Reorganisation nicht ganz rückgängig gemacht werden könne, hat Wurzel gefaßt und ist durch die Generaldiskussion, der das als ihr eigentlicher Nutzen vindizirt werden muß, noch befestigt worden.

Andererseits zeigen sich die Versicherungen, daß die Regierung längst ihren Entschluß gefaßt und ihr letztes Wort gesprochen habe, als völlig grundlos. Die gestrige Erklärung des Kriegsministers, welche nach der telegraphischen Mittheilung im Hause Sensation erregte, beweist, daß die Regierung selbst mit sich noch nicht ganz im Reinen ist — endlich aber guten Willen hat, dem Abgeordnetenhause entgegen zu kommen. Unter diesen Umständen ist dem Abgeordneten v. Vincke die Wiederaufnahme des Stavenhagenschen Antrages als ein Verdienst in Rechnung zu stellen. Die Tendenz dieses Antrages wird allen Parteien gerecht. Die Annahme desselben gefährdet die Reorganisation nicht, sie entfernt aus dem Heere die Institute, welche eine volksfeindliche Richtung in demselben nähren, führt zurück auf die zweijährige Dienstzeit, welche, wie Niemand übersehen kann, nicht von dem ganzen Abgeordnetenhause allein, sondern auch vom ganzen Lande, mit Ausschluß der Betheiligten gefordert wird, und gewährt eine Ersparniß, die gerade ausreichend ist, unsere Flottenbedürfnisse zu befriedigen. Sobald Regierung und Fortschrittspartei den ernsten Entschluß einer Verständigung gefaßt haben und diesem Antrage näher getreten sein werden, steht zu hoffen, daß sie sich über demselben die Hände reichen. Der gegenwärtige Zustand der Zerwürfniß ist unerträglich, er schadet dem Lande, der Regierung und vor Allem der Armee. Mit Recht ist an die moralischen Verpflichtungen appellirt worden, ihm durch Nachgiebigkeit ein baldiges Ende zu machen. Nicht bloß Preußen, sondern auch Deutschland harrt der Wiederherstellung regulärer Verhältnisse. Die Regierung hat auch für dieses Pflichten. Sie will eine Flotte bauen, die nationale Partei drängt und ermuntert dazu. Das Abgeordnetenhaus hat ihr die Hände gebunden. Ist es der Regierung Ernst mit der Flotte, so schließe sie, auch wenn es große Selbstüberwindung kostet, Frieden mit dem Abgeordnetenhause, damit sie neben diesem den Hoffnungen gerecht werden könne, welche Deutschland auf sie zu setzen nicht aufgehört hat. Hier ist die Nachgiebigkeit nicht Inkonsequenz, sondern Pflicht und Staatsklugheit. Der Vorwurf der Inkonsequenz wird vor Allem unsern Kriegsminister nicht treffen, der bisher mehr als genug Konsequenz bewiesen. Ueberhaupt vergesse man die Person und denke einzig an die Sache.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 17. Septbr. [Die Regierung und das Stavenhagensche Amendement; Minister v. Holzbrinck.] Eine Vertagung des Abgeordnetenhauses ist eingetreten, aber nicht, wie nach den Gerüchten der letzten Tage in Mancher Erwartung stand, eine von der Regierung angeordnete, sondern eine freiwillige, durch den Beschluß der Kammer selbst. Man war allgemein gespannt auf die Beschlüsse des gestrigen Ministerrathes und hatte irgend einer wichtigen Erklärung von Seiten der Regierung entgegengesehen. Daher griff das Gefühl einer Enttäuschung Platz, als in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die bisherigen Berathungen nur einfach ihren Fortgang nahmen und von der Ministerbank her nur Bemerkungen von sehr unerheblicher Bedeutung sich vernehmen ließen. Endlich rückte der Kriegsminister mit der Erklärung in das Feld, zu welcher er im Namen der Regierung ermächtigt war, und diese Erklärung hat dann allerdings die ganze parlamentarische Situation mit einem Schlage so wesentlich umgestaltet, daß eine unmittelbare Vertagung des Hauses zur Vorbereitung weiterer Beschlüsse allen Besonnenen als dringende Nothwendigkeit erscheinen mußte. Das Amendement Stavenhagen, v. Sybel und Twesten, zu dessen Gutheißung das Ministerium sich bereit erklärte, steht allerdings mit den bisherigen Kundgebungen der Regierung insoweit auf einem Boden, als auch jener Vermittlungsantrag die Gewährung der Reorganisationskosten, wenn auch im Extraordinarium, befürwortet und die Lösung der eigentlichen Streitfrage in Betreff der definitiven Heeresorganisation bis zur Feststellung des Etats für 1863 verweist. Indessen geht das Amendement doch über die ursprünglichen Zugeständnisse der Regierung hinaus, da es noch eine Reihe von Ersparungen im Militäretat von 1862 fordert und als Grundlage der Verständigung für 1863 ausdrücklich die Ermäßigung der Dienstzeit hinstellt. Auch in Beziehung auf den letzteren Punkt waren die Erklärungen des Kriegsministers, wenn sie auch nicht gerade bestimmte Zusicherungen enthielten, doch dazu angethan, den Weg einer Verständigung offen zu halten. Ueber die Wirkung der ministeriellen Zugeständnisse hört man heute noch sehr widersprechende Vermuthungen. Daß dem Stavenhagenschen Amendement eine gewisse Stimmenzahl aus den mittleren Fraktionen zufallen wird, steht außer Zweifel, doch ist es nichts weniger als gewiß, daß der vorgeschlagene Kompromiß die Mehrheit des Hauses für sich haben wird. Allgemeine Sensation hat es erregt, daß gerade der Kriegsminister, welcher bisher mit so großer Entschiedenheit für die Festhaltung der Reorganisation in allen ihren Theilen eingetreten war, sich heute zum Organ der neuesten Zugeständnisse an die Kammer machte. Offenbar ist dieses Verfahren darauf berechnet, sowohl dem Verdachte, daß die Anerbietungen der Regierung im Kriegsminister noch immer einen Gegner haben dürften, als der Vermuthung entgegenzuwirken, daß General v. Roon im Begriffe stehe, einem Nachfolger in der Leitung des Kriegsdepartements Platz zu machen. — Von vielen Zeitungen wird des Gerüchtes Erwähnung gethan, daß Herr v. Holzbrinck seine Entlassung erbeten habe. Wahrscheinlich ist das Gerücht daher entstanden, daß der genannte Minister in den letzten Tagen weder an den Berathungen seiner Kollegen theilnahm, noch in der Kammer erschien. Doch erfährt man, daß Herr v. Holzbrinck seit mehreren Tagen so ernstlich erkrankt ist, daß er ebensowenig die Geschäfte seines Departements wahrnehmen, wie an den politischen Berathungen sich betheiligen konnte. Von einer Differenz in Folge der letzteren kann daher nicht die Rede sein.

(Berlin, 17. Septbr. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König ließ gestern Abend ½7 Uhr die Minister ins Palais rufen und präsidirte bis ¾9 Uhr einer Konseilsitzung. Nach dem Schluß derselben wohnte er noch der Balletvorstellung im Opernhause bei und kehrte dann nach Schloß Babelsberg zurück. Heute Vormittag empfing der König daselbst den Besuch des Prinz-Admirals Adalbert, der nach mehrwöchentlicher Abwesenheit heute früh wieder hierher zurückgekehrt ist. Nachmittags 3 Uhr sollte auf Schloß Babelsberg Tafel sein, zu der die Minister, Herr v. Sydow ꝛc. geladen waren. Mittags wurden die Einladungen jedoch wieder abgesagt und kam der König mit dem Zuge um 2 Uhr nach Berlin. Gleich darauf präsidirte er einem mehrstündigen Ministerkonseil und nach dem Schlusse desselben fand das Diner statt. Diese beiden Konseilsitzungen sollen auf die ferneren Verhandlungen des Abgeordnetenhauses entscheidend wirken. Abends 10 Uhr will der König nach Potsdam zurückfahren. — Der Prinz Karl hat am Sonntag Abend eine Reise nach dem Rhein angetreten.

Die Japanesen haben heute die Nachricht hierher gelangen lassen, daß sie am Freitag früh um 8 Uhr hier eintreffen werden. Ihr Aufenthalt hierselbst dauert nur bis Sonnabend früh und wird alsdann die Rückreise fortgesetzt. Das Gepäck dieser Gäste füllt allein drei Güterwagen. — Der Verein zur Erziehung sittlich verwahrloster Kinder hatte in der Nähe der Hasenheide ein Grundstück angekauft, um auf demselben großartige Gebäude für seine Zöglinge aufzuführen, da die beiden Häuser vor dem Halleschen Thore, in welchem sich gegenwärtig die Knaben und Mädchen befinden, nicht mehr dem Zwecke entsprechen. Jetzt soll nun aber über das Grundstück des Vereins die neue Gürtelstraße geführt werden, und da der Verein die Anstalt nicht an einer Straße liegen haben will, so beabsichtigt er, das Terrain wieder zu verkaufen und ein anderes Grundstück zu erwerben, das günstiger gelegen ist. Dieser Verein ist im Besitz bedeutender Geldmittel, da ihm ansehnliche Summen durch Vermächtnisse zugefallen sind. — Unser früherer Polizeipräsident v. Winter ist gestern vom Könige empfangen worden. — Seitens der Verwaltung der Pyrenäen-Eisenbahn, die eine Länge von 126 Meilen hat, sind in der Borsig'schen Fabrik 56 Personenzug-Maschinen bestellt worden. Die Lieferung der Güterzug-Maschinen hat eine andere Fabrik erhalten, da solche die Borsig'sche Anstalt wegen zahlreicher anderer Aufträge nicht mehr übernehmen konnte.

— Nach einer kürzlich verbreiteten Nachricht sollte in die in der Friedenskirche zu Potsdam vom Ober-Hof-Baurath Hesse neuerbaute Fürstengruft Grundwasser gedrungen sein und deshalb die Beisetzung der Leiche des Königs Majestät Friedrich Wilhelm IV. bisher unterblieben sein. Diese Nachricht ist durchaus unbegründet. Die Gruft hat sich bis zur Stunde vollständig trocken erhalten, doch soll die Beisetzung auf Befehl ihrer Majestät der Königin-Wittwe so lange ausgesetzt werden, bis der in Rom bestellte Auferstehungsengel angekommen ist, welcher in der Kirche, oberhalb der Gruft, seinen Platz erhalten wird.

— Aus Reinhardsbrunn schreibt man der Leipz. Z.: Ihre Majestät die Königin von England hält sich im Schloß zu Reinhardsbrunn, das nebst allen Nebengebäuden zu ihrer Disposition gestellt ist, in großer Zurückgezogenheit. Die Zugänge zum Schloß und zu seinen nächsten Umgebungen sind durch grüne Eisengitter abgesperrt. Bei günstigem Wetter macht die Königin kleinere Ausfahrten in der nächsten Umgebung. Sie war nebst ihren Kindern noch tief schwarz gekleidet. Se. Hoheit der Herzog von Koburg-Gotha wohnt während des Aufenthaltes der Königin in der Besitzung des Raths Sparr zu Friedrichsrode, dem sogenannten Schweizerhaus, wo die Königin auch gewöhnlich dinirt. Die Königin hat in diesen Tagen im strengsten Inkognito eine Erzieherin ihrer Kinder in Gotha mit ihrem Besuche beehrt und dort lange verweilt.

— [Stimmung.] Auch die gemäßigten Liberalen beklagen es auf das Tiefste, daß die Regierung nicht schon gestern und vor der Abstimmung ihre entgegenkommende Erklärung abgegeben hat. In der Fortschrittspartei machen sich Stimmen laut, welche eine sofortige Vorlegung des Gesetzes oder doch eine königliche Botschaft, worin dieses Gesetz für den Januar 1863 in bestimmte Aussicht gestellt wird, verlangt.

— [Handelstag in München.] Die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft haben unterm 8. d. M. ein Cirkular an sämmtliche preußische Handelskorporationen erlassen, um diese zur Beschickung des in München im nächsten Monat stattfindenden Handelstages zu bestimmen. Die Aeltesten begründen diese Mahnung aus der Nothwendigkeit, daß die preußischen Handelskörperschaften das Gewicht ihres Ansehens in die Wage legen, um die Aufrechthaltung des Zollvereins und die Durchführung des französischen Handelsvertrages zu sichern. Unter den 129 deutschen Handelskorporationen sind nicht mehr als 50 preußische, eine möglichst zahlreiche Beschickung Seitens der letzteren ist deshalb um so mehr geboten. Die Vertretung der hiesigen Kaufmannschaft ist den Herren David Hansemann, Benj. Liebermann und Dietrich übertragen. — Die Königsberger Kaufmannschaft hat ein gleiches Cirkular an die ostpreußischen Handelskorporationen gerichtet.

— Bekanntlich geht man schon seit vielen Jahren mit dem Plane um, ein großartiges Ausstellungslokal in Berlin zu errichten. Wie die „Nordd. A. Z." hört, ist dieses Projekt von Sr. Majestät dem Könige stets mit vieler Befriedigung aufgenommen, und ist nunmehr durch Allerhöchste Municifenz dem durch den Bau des Central-Militär-Lazareths in der Kirschallee rühmlichst bekannten königl. Baumeister Hrn. Maaß der vor dem Brandenburger Thore gelegene Exerzierplatz zum Bau des erwähnten Gebäudes überwiesen worden. Herr Maaß hat bereits den Plan zum Gebäude entworfen, der sich nicht allein durch seine architektonische Schönheit, sondern auch namentlich durch die geschickte Verwendung der inneren Räume auszeichnet. Außer geräumigen und eleganten Ausstellungssälen für Kunst und Industrie wird bei dem Baue zugleich auf zweckmäßige Räume, in welchen auch der weniger be-

mittelte Handwerker Berlins seine Fabrikate ausstellen kann, Bedacht genommen werden. In letzterer Beziehung soll das Etablissement die frühere Centralhalle in der Jägerstraße ersetzen.

Danzig, 15. September. [Nachgebote auf die „Danzig"; neue große Expedition.] Auf die Kriegs-Korvette „Danzig" sind Nachgebote bis zur Höhe von 40,000 Thlrn. gemacht worden, doch soll nur auf 60,000 Thlr. der Zuschlag erfolgen. — Höherer Anordnung zufolge soll nicht nur mit der Armirung des früheren Post-Dampfschiffes „Adler" sofort begonnen, sondern diese auch so viel als möglich beschleunigt werden. Da die Armirung auf eine längere Expedition hindeutet, so vermuthet man, daß der „Adler" die „Gazelle" nach Ostasien begleiten wird. Der „Adler" erhält zunächst 2 schwere 68pfdge. Geschütze, und wenn die Aufstellung es gestatten sollte, noch zwei 32Pfünder auf dem Oberdeck.

Düsseldorf, 14. September. [Deutsche in Paris.] In der größeren evangelischen Kirche predigte heute Abend der Pastor Frhr. v. Bodelschwingh aus Paris. Sowohl die Predigt, als die nach derselben folgenden näheren Mittheilungen des verehrten Herrn Redners gewährten tiefe und mannichfaltige Einblicke in den geistlichen und sittlichen Zustand der so zahlreichen deutschen Arbeiterbevölkerung in Paris, besonders in den Quartieren von La Vilette und St. Marcel. Bekanntlich wirkt der Pastor v. Bodelschwingh seit einigen Jahren mit großem Segen für das Werk der evangelischen Mission unter den der evangelischen Konfession angehörigen deutschen Fabrikarbeitern, Lumpensammlern und Gassenkehrern der Pariser Vorstädte, welche nach vielen Tausenden zählend, ihrer allergrößten Zahl nach leider der Kirche und dem Christenthum ganz entfremdet sind. Die Zahl der Deutschen in Paris (und größtentheils eben sind es Arme) beträgt jetzt über 80,000. Seit einigen 20 Jahren hat die christliche Liebe durch Seelsorge in den Spitälern, Kirche und Schulunterricht Vieles gethan, aber noch ist das Arbeitsfeld ein ungeheures und gegenüber dem vorhandenen geistlichen Elend die Kraft der 7—8 evangelischen Pastoren lange nicht ausreichend. (Düss. Z.)

Oestreich. Wien, 14. September. Hier ist in diplomatischen Regionen sehr stark die Rede davon, daß in Folge der Wendung, welche die Angelegenheiten Serbiens und Montenegro's genommen haben, eine bedeutende Erkaltung in den bis vor Kurzem noch ziemlich intim gewesenen Beziehungen zwischen Rußland und Franreich eingetreten sei.

Baden. Mannheim, 15. September. Von dem hiesigen Handelsverein ist eine glänzende Kundgebung für den preußisch-französischen Handelsvertrag ausgegangen. — Den Eintritt Gesammt-Oestreichs in den Handelsverein will er abgelehnt wissen.

Holstein. Kiel, 15. September. Die plötzliche Verabschiedung des holstein-lauenburgischen Obersachwalters, Justizraths Forchhammer, hat hier einen unangenehmen Eindruck gemacht. Derselbe wollte in dem Lehmann'schen Hochverrathsprozesse nicht als öffentlicher Ankläger auftreten, sondern ließ sich durch den Glückstädter Advokaten Kracht vertreten. Das ist es, was dem Verabschiedeten jetzt sein Amt gekostet hat.

Flensburg, 15. September. Der König hat unsere Stadt passirt und residirt gegenwärtig in dem Königszelte auf dem Gute Falkenberg. In seiner Begleitung befinden sich u. A. die Gräfin Danner, der Minister des Krieges, der Minister für Schleswig und je drei russische, französische, englische und schwedisch-norwegische Offiziere. Der König, der gestern und vorgestern bei den Manövern zugegen war, gedenkt in den nächsten Tagen sämmtliche süd-schleswigsche Fortifikationsanlagen bis Friedrichstadt (vor diesem Orte werden die Schanzen jetzt kompletirt) in Augenschein zu nehmen. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 16. September. [Telegr.] Der heutige „Constitutionnel" sagt, es sei ganz falsch, daß der Ministerrath die Frage wegen Auflösung der Legislativen in Erwägung gezogen habe. — Ueber St. Nazaire eingetroffene Berichte aus Mexiko vom 17. August melden, daß der Gesundheitszustand ein vortrefflicher sei. Mehrere Pronunciamento's haben zu Gunsten der Franzosen stattgefunden. Ein liberaler Kriegsrath hat sich zu Puebla versammelt und den Beschluß gefaßt, neue Vorschläge zu einem Arrangement zu machen, falls General Forey mit diplomatischen Vollmachten versehen sein sollte.

Niederlande.

Haag, 15. Sept. [Thronrede.] Heute fand die feierliche Eröffnung der gesetzgebenden Sitzung statt. Die bei dieser Gelegenheit von dem König gehaltene Rede weist nach, daß das Königreich der Niederlande fortwährend mit den fremden Mächten freundschaftliche Beziehungen unterhält. Gleichzeitig sprach der König sich anerkennend über die Kolonialmarine und das Heer aus. Die Regierung beschäftigt sich mit verschiedenen Reformen, welche in den Institutionen der Kolonien eingeführt werden sollen, und mit den Kommunikationsmitteln mit der Insel Java, sowie mit dem Gesetz über die Finanzkontrolle der Kolonien. Es werden Maaßregeln ergriffen werden, um die Ausführungen des Gesetzes in Bezug auf die Emancipation der Sklaverei zu sichern. Die Finanzlage des Königreichs ist ausgezeichnet und sie wird erlauben, die nöthigen Ausgaben für die Erbauung der Staatseisenbahnen, für die Emancipation der Sklaven und für die Amortisation der Nationalschuld zu machen. Die Thronrede meldete schließlich, daß der Gesetzesentwurf über die Revision des Abgabensystems beendigt ist und in kurzer Zeit den Generalstaaten überreicht werden wird.

Italien.

Turin, 13. Sept. [Keine Amnestie.] Cialdini ist bereits gestern Abend nach Mailand abgereist, von wo er sich zurück auf seinen Posten in Bologna begeben wird. Man hatte sich „principiell" im Ministerium über die Amnestie geeinigt, als man im letzten Augenblicke avertirt wurde, daß Cialdini, Lamarmora und noch einige andere Generale ihre Entlassung einreichen würden, wenn man einen solchen, die militärische Disciplin gefährdenden Präcedenzfall gebe. Gestern hat Cialdini im Ministerrathe ähnliche Erklärungen gegeben, und Rattazzi's Entschluß ist wieder vollständig schwankend geworden. Cialdini hat hinzugefügt, die Armee werde sich selbst durch einen königlichen Gnadenakt verletzt fühlen. Man fragt sich verwundert, mit welchem Recht ein General sich zum Organe der Armee macht und dem Kabinette wie dem Könige Gesetze diktirt; indeß Rattazzi hat sich sofort gefügt und ist nun auch wieder unschlüssig geworden bezüglich des beabsichtigten Schlusses der Parlamentssession. — Zahlreiche Deputirte treten nachträglich der wegen der Verhaftung der Deputirten Fabrizzi und Mordini an den Kammerpräsidenten gerichteten Protestation bei. Die Sache kann für Rattazzi sehr unangenehm werden, da er die Behauptung, jene Deputirten seien in flagranti ertappt worden, lediglich auf Lamarmora's Behauptung hin ausgesprochen hat.

— [Tagesnotizen.] General Pallavicini ist von dem Kaiser der Franzosen zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt worden. — In Pisa wurde vor drei Tagen auf Anordnung der politischen Behörde die dortige Freimaurerloge umringt, während dieselbe eben Sitzung hielt, und deren Auflösung verfügt; die gegenwärtigen Mitglieder wurden verhaftet. Es scheint diese Maaßregel eine Folge der gemachten Entdeckung zu sein, daß diese Versammlung unter dem Scheine der Maurerei ein wahres Komité der Aktionspartei gewesen. Die vorgefundenen Papiere wurden mit Beschlag belegt. — Aus Neapel wird gemeldet, daß Graf Stackelberg, der russische Gesandte, nebst Gefolge dort angekommen ist. — Das französische Geschwader geht nach Ajaccio ab; nur der „Cato" geht nach Messina. — Pulßky ist wieder in Freiheit gesetzt. — Fabrizzi und Mordini sind noch fortwährend im Castel Nuovo gefangen. — Der „Pungolo" zeigt an, daß General Lamormora an alle Divisions-Kommandanten die strengsten Weisungen für Ausrottung des Räuberwesens erlassen hat.

Rom, 10. Sept. [Der König von Neapel; Verstärkung des Okkupationskorps.] Der König von Neapel ist seit diesem Morgen aus Albano hier, um den König Ludwig von Bayern zu bewillkommen. Die Königin Wittwe von Neapel kehrte vorlängst aus Böhmen zurück. Die Königin Marie wird zu Ende des Monats erwartet. Fürst Wolkonsky, der bis zur Anerkennung des Königreichs Italien durch Alexander II. dessen Gesandter beim Könige von Neapel war, lebte bisher hier auf seiner Villetta im Lateran. Er war dem Könige stets ein treuer Rathgeber, und dieser hofft, bei einem Kongresse, der Italiens Zukunft regeln wird, besonders von dieser Seite her Einflüsse, die den Czaaren zum Beschützer der bourbonischen Interessen machen werden. — Vorgestern landeten bei Civita-Vecchia die französischen Dampf-Fregatten Labrador, Descartes und Christoph Colomb mit einem Truppenkontingent zur Verstärkung des Okkupationskorps.

Rußland und Polen.

Petersburg, 17. Sept. [Telegr.] Das heutige „Journal de St. Petersbourg" sagt, daß die Militärstraßen und Blockhäuser, welche Omer Pascha von Montenegro ausbedungen hat, unverträglich mit den Verträgen von 1858 seien. Das Journal hofft, daß die Großmächte dem entgegentreten werden. Jedenfalls sei der russische Gesandte in Konstantinopel beauftragt worden, eine gemeinschaftliche Protestation zu provoziren, oder falls es nothwendig sein sollte, allein Protest einzulegen.

⌀ Aus Rußland, 10. September. [Militärreduktion; Verschiedenes.] Zu den neuern Reformen und Verbesserungen in der Reichsverwaltung gehört auch die von Sr. Majestät dem Kaiser angeordnete Reduktion der Armee, welche allerdings nur mit einer Herstellung des Normalstandes gleichbedeutend ist. Die Entlassung der Unteroffiziere und Gemeinen bis auf den künftigen Normaletat hat bei den betreffenden Truppen bereits begonnen. Laut Prikas des Kriegsminsters vom 27. August sind auf Befehl des Kaisers die reitende Leibgarde Pionier-Eskadron und die 2. reitende Pionier-Division bereits aufgehoben worden. — Die Zustände im Lande regeln sich mehr und mehr und besonders dürften die bäuerlichen Angelegenheiten bald so weit geordnet sein, daß der 19. Februar 1863 als der äußerste Grenztermin zur Aufhebung der Leibeigenschaft innegehalten werden kann und die Regierung ohne Weiteres an die Einrichtung des Rentenwesens gehen und die Reinstellung der ganzen Angelegenheit unaufgehalten bewirken dürfte. Ob diese Angelegenheit im Königreiche Polen, wo sie bereits länger als ein Vierteljahrhundert vorliegt und in der Entwicklung schwebt, bis dahin ebensoweit geordnet sein werde als in Rußland, ist eine Frage, die sich selbst beantwortet, wenn man sieht, daß dort noch gar nichts geschehen, vielmehr die Verwickelung eher größer geworden und wenig Aussicht auf eine baldige Erledigung vorhanden ist. Aus Helsingfor vernimmt man, daß der Prinz Alfred bei seiner Abreise von dort dem dasigen Gouverneur, Freiherrn Waléne, sowie auch dem Kommandanten von Sweaborg werthvolle Geschenke gemacht und auch mehreren milden Anstalten ansehnliche Gaben überwiesen hat. — Die beiden Dampfschiffe „Wolchow" und „Murawjew", welche am 26. August in den Hafen von Helsingfor einliefen und zum Dienst auf der Wolchow bestimmt sind, wurden in der Werkstatt zu Nyköping gefertigt und sollen von ganz neuer, eigenthümlicher Konstruktion und sehr dauerhaft und schön sein. — Von den vier Verbrechern, welche man im Juli in Odessa ergriff und der Brandstiftung überführt hatte, starb der eine sogleich; derjenige von ihnen, welcher als Anführer der Brandstifterbande erkannt und erschossen wurde, war nicht, wie einige Blätter wissen wollten, ein Jude aus Hessen, sondern ein polnischer Händler und aus einer Provinzialstadt des Königreich Polen gebürtig. Bei seiner Hinrichtung sollen gegen 24,000 Menschen zugegen gewesen und gegen 200 Taschendiebstähle verübt worden sein, ohne die, welche nicht zur Kenntniß der Behörden gelangten. — Die Direktion der Berlin-Petersburger Bahn ist eifrig bemüht, die zahlreichen Uebelstände, an welchen die Verwaltung der Bahnstrecke von Eidkuhnen nach Petersburg laborirt und die noch Nachlaß des französischen Regimes sind, zu beseitigen. Durch die Einführung von Damen-Waggons, wo Tabackraucher keinen Zutritt haben, und durch die Anbringung von Briefkasten auf den Stationen wird einem sehr fühlbar gewordenen Bedürfniß abgeholfen. Die Warschauer Bahn von Grodno nach Wilna ist für den allgemeinen Verkehr noch nicht vollständig offen.

□ Warschau, 16. September. [Zamoyski's Mandat.] Das von einigen hundert Edelleuten der Nationalpartei unterschriebene und dem Grafen Zamoyski ertheilte Mandat lautet: „Die in der Geschichte beispiellosen, sein politisches Dasein untergrabenden Heimsuchungen Polens haben den Geist der Nation nicht schwächen, das in ihr lebende heiße Gefühl ihres historischen Berufs nicht erdrücken können. Der Geist der Nation ist durch Hingebung und Opfer erstarkt; das Gefühl ist gewachsen im Schmerz und im Glauben an die Zukunft und in entscheidenden Augenblicken ruft es um Rückgabe der uns entrissenen, durch Jahrhunderte geheiligten Rechte und Freiheiten."

„Schon im vergangenen Jahre erinnerte eine an den Thron gerichtete Adresse an diese Rechte, und die zur Organisirung der Stadt- und Kreisräthe berufenen Wähler erklärten in einer mit 20,000 Unterschriften bedeckten Denkschrift an den damaligen Statthalter, daß nur eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretung bei öffentlicher Verhandlung den Hauptbedürfnissen des Landes entsprechen könne; die neuerdings verliehenen Institutionen vermögen nicht, der ihm drohenden Gefahr vorzubeugen.

„Der Kriegszustand hat die Ueberreichung dieser Vorstellung nicht ermöglicht und die noch einmal übersehenen Bedürfnisse des Landes haben die gefürchteten Folgen herbeigeführt.

„Heute kommen wir, wir Polen „„im Namen der socialen Ordnung und der europäischen Civilisation"" aufgefordert durch die Ansprache Sr. k. Hoheit des Großfürsten Konstantin, daß wir das Land nicht dem Abgrunde entgegenschreiten lassen, aus allen Gegenden desselben zusammen und umgeben, in Ermangelung eines anderen Weges, Dich, Graf, in dem Vertrauen, daß Du geleitet von nationalen Eingebungen, Sr. k. Hoheit die Bedürfnisse und Ueberzeugungen, welche in der Tiefe unseres Herzens und Geistes liegen, die Bedürfnisse und Ueberzeugungen, deren Verschweigen wir für schädlich, deren lautes Aussprechen vor der ganzen Welt wir für nothwendig ansehen, darlegen wirst.

„Von der Theilnahme an den neuverliehenen Institutionen halten wir uns nicht fern, aber wir sind verpflichtet zu erklären, daß mit den bisher angewendeten Mitteln das Land in einen Zustand gebracht ist, in welchem weder Militärgewalt, noch Kriegsgerichte, noch Gefängnisse, noch Verbannung, noch der Galgen es zu beruhigen vermögen, im Gegentheil eine äußerste Aufregung hervorrufen und es auf Wege treiben, gleich gefährlich für die Regierenden wie für die Regierten.

„Wir aber werden als Polen die Regierung nur dann mit Vertrauen unterstützen, wenn diese Regierung eine polnische sein wird und wenn auf organischer Grundlage, bei freien Institutionen, alle Provinzen, die unser Vaterland bilden, mit einander verbunden sein werden.

„Hat doch der Großfürst in seiner Ansprache selbst diese unsere Liebe zum Vaterlande anerkannt und uns seine Mitwirkung für dessen allgemeines Bestes zugesagt; wir können unsere Liebe nicht theilen, wir lieben unser ganzes Vaterland in den Grenzen, die Gott ihm gezeichnet hat, die historische Traditionen ihm gezogen haben."

Dem „Dzien. pozn." wird in Bezug auf vorstehendes Mandat geschrieben: In vergangener Woche wurde Graf Zamoyski zum Großfürsten beschieden, der in privater Unterredung von ihm erfahren wollte, weshalb trotz so wichtiger Reformen das Land sich unter seiner Regierung nicht beruhigen wolle. Zamoyski gab damals zur Antwort, daß diese Beruhigung nicht eher eintreten werde, als bis Litthauen und Kleinrußland mit Polen verbunden sein und die Regierung auf freien Institutionen mit rein nationaler Grundlage, und nicht auf der Willkür einzelner Individuen beruhen werde. Der Großfürst, über diese Antwort ungehalten, stellte dem Grafen vor, daß Litthauen schon Jahrhunderte zu Rußland gehört habe und entließ ihn, als dieser widersprach, ungnädig mit dem Bemerken, daß er (der Graf) nur seine Privatansicht äußere.

Sobald dieses die Anhänger des Grafen erfuhren, beschlossen sie, ihn moralisch zu stützen und beriefen mittelst Staffetten in den Kreisen Versammlungen ein, die unter einander Delegirte wählten, und diese in Verbindung mit den Delegirten der Stadt versammelten sich im Zamoyskischen Garten zur Berathung, in welcher Weise diese 300 Delegirte die von dem Grafen ausgesprochenen Ansichten wirksam unterstützen könnten. Nach dreitägigen Berathungen wurde am 12. d. M. Beschluß gefaßt, und das vorstehende Mandat für den Grafen Z. unterschrieben.

Nachdem dies geschehen, erbat sich Z. sofort eine Audienz beim Großfürsten, die ihm um 6 Uhr Nachmittags gewährt wurde.

Amerika.

Newyork, 2. Sept. [Schlachtbericht.] Zum zweiten Male ist das Unionsheer auf dem blutigen Felde von Manassas geschlagen und die Hauptstadt von dem siegreichen Feinde bedroht. Noch kennen wir nicht die ganze Wahrheit und wissen nicht, wie groß die unmittelbare Gefahr, oder ob noch Hoffnung ist für die Sache der Union. Der Schauplatz der letzten Kriegsereignisse liegt diesmal zwischen dem Rappahannock im Süden, der Orange- und Alexandria-Eisenbahn im Osten und den Blue Bridge Mountains im Westen. Der Potomac mit Washington im Norden ist das Ziel, nach dem der Feind strebt. Im Mittelpunkt dieses Kriegstheaters zieht von dem Bull Run River nach Süden bis Warrenton ein Gebirge, das den Namen Bull Run Mountains führt. Mitten durch dasselbe geht vom Shenandoah-Thale nach Manassas eine Eisenbahn; der Paß, welcher derselben den Durchgang durch die Berge öffnet, heißt Thoroughfare Cap und ist einer der bedeutendsten strategischen Punkte des so oben beschriebenen Terrains. Die Besetzung dieses Eingangspunktes ist von Pope und Halleck, der von Washington aus im Großen die Kriegsführung leitet, vernachlässigt worden. Dieser Fehler ist die erste, M'Clellans Verzögerung, die beorderte Unterstützung von Alexandria zu senden, die zweite und entscheidende Ursache der so eben erlittenen Niederlage des Unionsheeres. — Gestern Morgen kam die Unglücksbotschaft, die Schreckliches berichtet und noch Schrecklicheres erwarten läßt. Der lange, blutige Kampf vom 29. August hatte zu keiner Entscheidung geführt. Jackson, wahrscheinlich schwächer als Pope, hatte sich vertheidigend verhalten, aber seine Stellung, wenn auch mit Aufgebung von einer Meile Terrain, behauptet. Er wußte, daß ihm Verstärkung durch das Thoroughfare Cap kommen mußte, und sie kam. Am 30. befand sich ohne Zweifel der größte Theil des südlichen Heeres unter Johnson vereint. Um 10 Uhr des Morgens begann der Kampf. Muthig griffen die Unionstruppen an, fanden aber bald, daß sie es mit einem übermächtigen Feinde zu thun hatten. Nach einem furchtbar blutigen, lang dauernden Kampfe wurde der rechte Flügel des Unionsheeres zurückgeworfen und flüchtete sich in Unordnung. M'Dowell und Sigel (in Reserve gehalten, weil sie am vorhergehenden Tage die ganze Hitze der Schlacht ertragen hatten) rückten zur Unterstützung vor, aber M'Dowell's Korps, wenigstens ein Theil desselben, wurde bald durchbrochen und floh. „Da", sagt der Berichterstatter, „glänzte Sigel mit seinem militärischen Talent mehr noch als je. Von einem Punkte des Schlachtfeldes nach dem anderen reitend brachte er nach und nach seine sämmtlichen Brigaden in die besten Stellungen und hielt sie auf der Fronte, während die Fluth der Flüchtigen an ihnen vorübertobte." Ein anderer Augenzeuge schreibt: „Der Feind machte den Versuch, unsern rechten Flügel zu umgehen, aber der brave Sigel mit seinen zuverlässigen Deutschen und den Batterien, die er so gut zu gebrauchen versteht, erhielt Befehl, auf den rechten Flügel zu eilen, und trieb den Feind mit großem Verluste zurück. Sigel selbst führte seine Truppen in einem Bayonnet-Angriffe." Ich habe in der gedrängten Schilderung der Ereignisse alle Einzelheiten übergehen müssen; doch will ich hier nachträglich bemerken, daß in allen Kämpfen Sigels Talent und persönliche Tapferkeit, die ihn rücksichtslos in den fürchterlichsten Kugelregen führt, so glänzend sich zeigten, daß die ganze amerikanische Presse ihn mit der wärmsten Anerkennung feiert. Auch Karl Schurz wird gerühmt wegen seiner Tüchtigkeit als Divisions-General (klingt etwas fabelhaft, da Schurz, ehe er nach Amerika kam, unseres Wissens nie Soldat gewesen ist) und seiner persönlichen Tapferkeit. Er hat jedenfalls ehrenvoll die Feuerprobe bestanden. Bohlen, ein tüchtiger deutscher General, ist am Rappahannock gefallen. Er war vor

vielen Jahren eingewandert und hatte bis zum Ausbruch des Krieges ein glänzendes Weingeschäft in Philadelphia. Die Feindseligkeiten der Indianer in Minnesota, welche bereits Hunderten von Weißen das Leben kosteten und das Städtchen New-Ulm zerstörten, drohen ernstere Gefahr. Man fürchtet einen Aufstand aller Indianerstämme östlich vom Missouri. Die Secessionisten von Missouri sind die Aufwiegler, Betrügereien der bei den Indianern angestellten Regierungskommissare aber eine mitwirkende Ursache dieses Ausbruchs. (K. Z.)

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 17. Septbr. [49. Sitzung.] Vormittags 9 Uhr 25 Min. vom Präsidenten Herrn Grabow eröffnet. Photographien werden ausgetauscht; es herrscht eine lebhafte Bewegung unter den Abgeordneten. Am Ministertische die Herren: Graf zur Lippe, v. d. Heydt, General v. Roon, v. Mühler, Regierungskommissarien, später der Graf Bernstorff. In der Hofloge gleich Anfangs der Feldmarschall Wrangel. Die Tribünen sind wieder zahlreich besetzt; das Haus fährt in der Specialdiskussion über den Militäretat pro 1862 fort. Ausgabe. Kriegsministerium. Zu dem Antrag: „die königl. Staatsregierung aufzufordern, die Gehälter der etatsmäßigen Stellen auch für die höhern Chargen fest zu bestimmen, so daß die Gehälter nicht ferner von dem Range der Inhaber abhängig bleiben, von den unter Nr. 2 geforderten 10,400 Thlr. 1000 Thlr. abzusetzen und 1900 Thlr. in die Kolonne „künftig wegfallend" zu übertragen," nimmt das Wort der Regierungskommissar Geheime Rath Sixtus: Die Regierung wünsche die Ablehnung des Antrages. Stellen der Departements-Direktoren, welche technisch-militärische seien, würden stets durch höhere Offiziere besetzt, und seien sie jetzt mit Generallieutenants besetzt, so reicht nicht einmal die etatsmäßig gewährte Summe. An Räthen im Kriegsministerium habe man Offiziere aus der Armee mit ihrem Gehalt; sie hätten Anspruch auf das Gehalt eines Ministerialraths und doch bekämen sie als Rittmeister, Hauptmann nur 720 Thlr.; wollte man also die Militärverwaltung der Civilverwaltung gleichstellen, so werde dem Staate eine große Mehrausgabe erwachsen. — Der Kriegsminister: Man könne nicht jeden General oder Offizier zu den Geschäften im Kriegsministerium ohne Weiteres verwenden. Die Kommission sei zufällig auf die vorgeschlagene Reduktion gekommen. Als der Etat aufgestellt wurde, war der Departementsdirektor Generalmajor, ascendirte zum Generallieutenant und erhielt daher die höheren Kompetenzen; wäre er früher Generallieutenant geworden, hätte das Monitum nicht gemacht werden können. Die Verwendung der geeignetsten Persönlichkeiten für die betreffenden Stellen werde durch die Gehaltsreduktion in Frage gestellt.

Abg. Stavenhagen: Beide Theile des Antrages müsse man auseinanderhalten. Der erste sei allgemein und habe eine allgemeine Tragweite. Ob der Regimentskommandeur Major, Oberstlieutenant oder Oberst ist, habe auf die Kompetenzen gar keinen Einfluß; ebenso müsse es auch bei den Divisionskommandeuren sein, auch da dürfte kein Unterschied sein, ob derselbe Generalmajor oder Generallieutenant ist. — Der Regierungskommissar Sixtus: Würde die Reduktion beschlossen, so müßte das Ministerium auf Dotirung einer Unterstaatssekretärsstelle Anspruch machen. — Der erste Theil des Antrags wird definitiv angenommen, dagegen stimmen die Konservativen, der Graf Schwerin, Frhr. v. Patow. — Gegen den zweiten Theil spricht sich der Abg. Stavenhagen aus, er habe den generellen Antrag gestellt, sei aber nicht darauf vorbereitet gewesen, daß demselben sofort rückwirkende Kraft gegeben werden solle; ein solcher Antrag sei nicht gerechtfertigt. — Abg. v. Bockum-Dolffs: Einer der beiden Departementsdirektoren sei noch nicht Generallieutenant; der Antrag der Kommission sei vollkommen korrekt. — Der Regierungskommissar: Bereits seit dem 18. Oktober v. J. sei dieser Direktor Generallieutenant. — Abg. Stavenhagen beantragt, daß die 10,400 Thlr. genehmigt, aber 2900 Thlr. in die Kolonne „künftig wegfallend" gesetzt werden. — Behufs Abstimmung zerlegt der Präsident wiederum den Kommissionsantrag in vier Fragen. Es werden die 10,400 Thlr. in der laufenden Verwaltung bewilligt, 2900 Thlr. als künftig wegfallend bezeichnet. — 2520 Thlr. für 7 Assistenten in Folge der Armee-Reorganisation werden abgesetzt. Titel 1. Kriegsministerium werden nicht 203,000 Thlr. (Regierungsvorlage), sondern nur 200,480 Thlr., darunter 5800 Thlr. künftig wegfallend bewilligt, weil die oben bemerkten 1000 Thlr. nicht abgesetzt, sondern nur als künftig wegfallend bezeichnet werden. — Der Abg. Stavenhagen zieht den prinzipiellen Antrag (Twesten-Sybel-Stavenhagen) zurück und hält nur den eventuellen aufrecht. — Abg. v. Vincke (Stargard) nimmt denselben wieder auf, auch was den prinzipiellen Antrag betrifft. — Militärintendantur: Persönliche Ausgaben 32,400 Thlr. für neue in Folge der Kriegsbereitschaft der Armee erforderlich gewordenen Intendanturbeamtengehälter werden abzusetzen von der Kommission vorgeschlagen.

Der Kriegsminister: Meine Herren! Es ist der Regierung vorgehalten worden, daß es ihr an Entgegenkommen fehlt in Bezug auf die vorliegende Frage. Man ist so weit gegangen, zu meinen, die Regierung suche den Konflikt. Um den Beweis zu geben, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft, habe ich die Ermächtigung und damit den Auftrag erhalten, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß die Regierung das Amendement, welches gegenwärtig von Hrn. v. Vincke wieder aufgenommen ist für 1862, in Beziehung auf das Resultat für annehmbar hält, wiewohl es ihr außerordentlich schwer wird, die in diesem Amendement bezeichneten Reduktionen in den Etat, der bereits zum großen Theil konsumirt ist, noch auszubringen. Namentlich wird es ihr schwer werden, an denjenigen Stellen, welche das Amendement ausdrücklich bezeichnet, diese Reduktionen vorzunehmen; aber jedenfalls wird das hohe Haus sich überzeugen, daß die Regierung mit dieser Bereitwilligkeit dokumentirt, daß sie keinen Falls auf einen Konflikt spekulirt. Nun ist ja in diesem Amendement, wenn ich es richtig verstehe, ein Vorbehalt gemacht worden in Bezug auf den Etat von 1863, und ein weiteres Amendement der Herren Stavenhagen, v. Sybel, Schubert und Twesten für den Etat pro 1863 liegt gleichfalls bereits vor, wiewohl dieser Etat selbst gegenwärtig noch nicht zur Diskussion gestellt ist. Ich bin mir darüber gar nicht unklar, daß das Amendement für das Jahr 1863 den eigentlichen Kern der Frage berührt. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß es sich empfehlen wird, späterhin über die Stellung der Regierung zu diesem Amendement eine bestimmtere Erklärung abzugeben. Ich meine aber schon gegenwärtig mich beziehen zu können auf meine vorgestrige Erklärung, welche ausdrücklich darzuthun suchte, daß, selbst wenn die Regierung auf eine weitere faktische Verkürzung der Dienstzeit eingehen wollte, sie doch Bedenken tragen müßte, dies in der Weise zu thun, wie das in den Kommissionsberathungen und in dem Amendement der Herren Stavenhagen u. s. w. ausgedrückt ist. Ich glaube, daß so mancherlei technische Erwägungen in medio sind, daß selbst für diesen Fall sehr gründlich und ernstlich an Kompensationen gedacht werden müßte, welche unerläßlich sein werden, wenn die Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Stimmung und mit Rücksicht auf die Stimmung in diesem Hause selbst zu einem solchen Schritte sich entschlösse. Ich muß mir also meine Erklärung in dieser Beziehung vorbehalten. Ich glaube, meine heutige Auslassung wird darthun, daß die königliche Staatsregierung überhaupt keinesweges auf das spekulirt, was man einen Konflikt nennt, sondern daß die Regierung vielmehr das Bedürfniß fühlt, eine Einigung über die obschwebende Frage herbeizuführen. (Bravo!)

Abg. v. Hennig (Straßburg): Es dürften durch diese Erklärung wohl Alle im Hause überrascht sein, nachdem noch gestern der Herr Kriegsminister Alles von der Hand gewiesen hat. Freilich habe der Minister auch heute nur wieder Hoffnungen gemacht. Die Majorität der Kommission und des Hauses wolle nicht, daß die Regierung sofort in Zahlen nachgebe; sie wolle die gesetzliche Regelung. Das Land will sein Recht, und so lange das Recht dem Lande nicht wird, kann das Haus von den jetzigen Positionen nicht abgehen. Will die Regierung die Hand bieten, so mag sie sie im Gesetze bieten, dann wird das Haus die Opfer bringen, welche der Friedensschluß bedingt. — Abg. v. Vincke (Stargard): Die Erklärung des Kriegsministers sei dankbar anzuerkennen, Herr v. Hennig habe nicht die Autorisation, Namens der Budgetkommission und des Hauses zu sprechen. Soll eine Versöhnung herbeigeführt werden, so müsse man nicht im Voraus schon sagen: auf versöhnliche Erklärungen werde man keine Rücksicht nehmen, so lange man diese Erklärungen noch nicht kenne. Das fördere nicht die Versöhnung. Hier könne die Majorität ihren Patriotismus zeigen, indem sie sich dem Antrage der Minorität anschlösse, für die sich auch der Kriegsminister erklärt habe. — Abg. Reichensperger (Beckum) tritt den Aeußerungen des Abg. v. Hennig entgegen; obgleich in der Minorität gestern, wolle er doch auch eine gesetzliche Regelung; er habe mit der Minorität gestimmt, weil er den vorgeschlagenen Weg nicht für den geeigneten hält, weil er die Angelegenheit nicht zu einer Ministerfrage machen wolle. Er habe sich im Hause umgesehen und habe kein neues Ministerium zusammensetzen können. Nicht die Majorität, sondern die Minorität werde in Zeitungsartikeln angegriffen werden. Im Uebrigen schließe er sich den Ausführungen des Abg. v. Vincke an.

Der Kriegsminister: Es wäre eigentlich überflüssig, nach den Aeußerungen des Herrn Vorredners meinerseits ein Wort über dieselbe Materie zu sagen, wenn ich nicht eben als Mitglied der Regierung zu dem angegriffenen Theile gehörte. Ich schmeichle mir damit, auch einige leise Zweifel darüber haben zu können, ob der Abgeordnete für Strasburg in der That die Meinung der Majorität dieses Hauses mit seinen Ansichten kundgegeben hat. Ich hoffe, daß das nicht der Fall ist; sollte ich mich jedoch in meinen Hoffnungen täuschen, so habe ich hier bloß zu konstatiren, daß die Regierung damit vollständig berechtigt wird zu der Meinung, daß alle versöhnlichen Schritte, welche von ihr etwa ausgehen, vergeblich gemacht werden, und das wäre eine Ueberzeugung, die für die Regierung keineswegs tröstlich und für das Land im höchsten Grade bedenklich sein würde. Ich meine, meine Herren, daß bei Konflikten dieser Art, und wir befinden uns in einem der allerernstesten, die patriotische Pflicht eines jeden Landesvertreters sei, in dieser Beziehung sich seine Schritte recht gründlich zu überlegen. Ich bezweifle nicht, daß der verehrte Abgeordnete für Strasburg das gethan hat; ich will in dieser Beziehung ihn keiner Uebereilung zeihen, aber ich hoffe und wünsche, daß eine reifliche Ueberlegung doch von der Majorität dieses Hauses den Vorwurf abwenden wird, daß sie jedem Entgegenkommen der Regierung mit Feindseligkeiten geantwortet habe.

Abg. v. Hennig (Straßburg): Die Majorität habe sich immer dahin ausgesprochen, daß die Versöhnung nur durch ein Gesetz herbeigeführt werden könne. Er hat sich seit langer Zeit über sein Verhalten in Klarheit gesetzt für den Fall, daß die Regierung sich für das Twesten-Stavenhagen'sche Amendement ausspreche. Wir setzen keine Ministerlisten zusammen, unser Weg führt nicht zum Ministertische. — Abg. Zimmermann: Zwischen uns und der Regierung sei Wahrheit und Recht, für diese Waffen hat das Volk ein vollständiges Arsenal. Von Anfang an war ich gegen die Reorganisation, weil ich die Praxis der faits accomplis nicht fortsetzen wollte. Wenn diese faits aber zu einem so enormen Konflikt geführt haben, so muß man dieser Praxis entgegentreten und Nein umsomehr sagen, als der Ausspruch gethan worden ist, daß die faits accomplis Respekt verlangen, weil sie einmal da sind. Die Versöhnung ist nur möglich durch gesetzliche Regelung, nur möglich, wenn die Regierung die Indemnität verlangt und einen Organisationsplan vorlegt. Dann werden wir unseren Patriotismus an den Tag legen, ohne daß Herr v. Vincke nöthig hat, uns dazu aufzufordern. — Der Vorsitzende der Budgetkommission, Abg. v. Bockum-Dolffs: Die Erklärung des Herrn Ministers sei so wichtig, daß sie in der Kommission reiflich erwogen werden müsse. Er beantrage die Vertagung der Sitzung auf morgen. — Der Antrag wird angenommen. — Zu einer persönlichen Bemerkung der Abg. Reichensperger (Beckum): Er habe nicht davon gesprochen, daß die Fortschrittspartei Ministerlisten zusammensetzt. — Auf Antrag des Abg. Virchow geht mit Zustimmung des Kriegsministers der sofort in Berathung tretenden Budgetkommission, welcher auf Einladung des Abg. v. Bockum-Dolffs auch die Minister v. d. Heidt und v. Roon beiwohnen, der authentische Wortlaut der Ministerial-Erklärung zu. — Schluß der Sitzung 10½ Uhr.

Auch die Budgetkommission vertagt um 1½ Uhr ihre Sitzung auf morgen, wo über die Bedingungen, unter denen eine Verständigung herbeigeführt werden soll, nach vorheriger Verständigung in den Fraktionen einerseits und, nachdem auch die Regierung in weitere Berathung getreten sein wird, verhandelt werden soll.

— [Landtagspetitionen.] Das am 4. Septbr. ausgegebene siebente Verzeichniß der bei dem Hause der Abgeordneten eingegangenen Petitionen enthält für die Petitionskommission 35 Petitionen.

Davon sind aus der Provinz Posen 4, nämlich eine wegen Gestattung einer Wiederverheirathung, eine wegen Gewährung einer Dotation, zwei von dem Departementsthierarzt Rüffert zu Posen und Genossen wegen Reorganisation des Veterinärwesens. In einer Petition beantragt v. Krosigk zu Paplitz, daß die königl. Beamten bei Uebernahme eines Mandats zum Abgeordnetenhause gleich allen andern Staatsbürgern für ihre Vertretung in ihrem Amte und Berufe auf eigene Kosten zu sorgen haben.

Der Kommission für Agrarverhältnisse sind zugegangen vier Petitionen. In einer erheben Brabzel und Genossen zu Kahlstädt, Kreis Chodziesen, in der dortigen Gemeinheits-Theilungssache Ansprüche an die dem Wirthe Martin Krüger daselbst verliehene Ackernahrung.

Die Kommission für Handel und Gewerbe erhielt zehn Petitionen. In einer bittet der Departementsthierarzt Rüffert zu Posen um Schutz des thierärztlichen Gewerbes resp. um Aufnahme der Thierärzte unter die im §. 42 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung von 1845 aufgeführten Gewerbetreiber. In den meisten übrigen Petitionen wird theils um Aufhebung, theils um Aufrechterhaltung der Gewerbeordnung vom 9. Februar 1849 petitionirt, was beweisen dürfte, wie sehr die Ansichten über diese Frage auseinander gehen.

An die Kommission für Finanzen und Zölle sind sechs Petitionen gelangt; darunter ist keine aus der Provinz Posen und ebensowenig eine von allgemeinem Interesse.

Die Kommission für das Justizwesen erhielt siebzehn Petitionen. In einer Petition verlangt der Eigenthümer Ludwig Großkeuz in Runau, Kreis Czarnikau, die Verfolgung des Salarienkassen-Rendanten Kischauer zu Landsberg a. W. wegen eines in dem mit demselben geführten Prozesse geleisteten Meineids.

Die Kommission für das Gemeindewesen erhielt sechs Petitionen. In einer petitioniren Wirthe aus Borek wegen verschiedener Vergehen ihres Schulzen, in einer anderen Rabbiner Ettinger zu Pleschen wegen Befreiung der jüdischen Geistlichen resp. Rabbiner von städtischen Steuern, und in einer dritten Petition, die von dem Herrn Oberpräsidenten v. Bonin überreicht ist, protestirt die Gemeinde Karmin auf Grund des §. 14 des Regulirungs-Rezesses über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse zu Karmin vom 9. Juni 1829 gegen die ihr auferlegte Instandsetzung der Straßenstrecke von Karmin bis Chelkowo.

Der Kommission für das Unterrichtswesen sind zwölf Petitionen zugegangen; zwei davon sind aus der Provinz Posen. In einer bringt der jüdische Korporations-Vorstand und das Repräsentanten-Kollegium zu Schönlanke den Modus der Wahl des jüdischen Schulvorstandes daselbst zur Sprache, und in der zweiten Petition petitioniren der Schulvorsteher Heesemann und Genossen zu Trlong bei Mogilno wegen Ausübung des Patronatsrechtes über die dortige Schule und Aufbringung der Beiträge für dieselbe.

Die Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats erhielt 21 Petitionen. Unter dieser ist keine aus der Provinz. Zwanzig verlangen die Ablehnung der sogenannten neuen Armee-Organisation durch die verfassungsmäßigen Mittel, und nur eine des Beigeordneten und Kämmerer Stahn und Genossen zu Bunzlau bezweckt die Billigung der neuen Heeres-Formation und die Genehmigung des Militärbudgets. Unter jenen sind einige katholische Pfarrer als Petenten aufgeführt. Es scheint denn doch nicht so streng die Kirche von der Politik getrennt zu sein! Ob auf das Urtheil dieser Art von Petenten gerade Etwas zu geben sei, mögen Andere entscheiden.

Revue polnischer Blätter.

„Baczność" (Aufgepaßt). Nr. 2.)
Paris bei Martines 1862. 16. 59 S.

(Fortsetzung aus Nr. 217.)

3. Die Bauernfrage im Königreich Polen im Verhältniß zum künftigen Aufstande. (Aus dem Lande eingesandt.) Für unsere Legalen ist die sogenannte Bauernfrage die letzte Schanze, hinter der sie sich gegen den Aufstand wahren. Sie deduciren also: „Ihr sagt, die Nation kann einen Aufstand machen, sie hat die Macht dazu. Das ist wahr, aber nur dann, wenn alle Schichten oder die ungeheure Mehrheit der Nation begreift, um was es sich handelt, will, was sie begreift, und zu jedem Opfer bereit ist, um ihren Willen durchzusetzen. Aber wer ist bis jetzt patriotisch? Die Städte und der Adel. Die ganze ländliche Bevölkerung weiß nicht, was Vaterland ist. Sie verhält sich gegen die Städte gleichgültig, gegen den Adel gehässig, gegen die Russen freundlich. Auf die erste Bewegung unsererseits wird die Regierung dem Landvolke Alles versprechen, wird ihm den Adel als den gemeinsamen Feind bezeichnen und die galizische Metzelei wird sich wiederholen. Der Grund des Hasses gegen den Adel ist in der Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse zu suchen. Heute bringt der Adel die größten Opfer, um diese Regulirung zum Nachtheil der nationalen Sache herbeizuführen. Noch ein paar Jahre und das Volk wird mit dem Adel versöhnt sein, wird seine Bürgerwürde und die Schwere des fremden Joches fühlen. Dann ist es Zeit, den Aufstand zu machen; aber vor Lösung der Bauernfrage wäre dies ein Verbrechen."

Unter der Schwere dieser Deduktionen beugt sich die Aktionspartei und schweigt. Aber sie thut nicht recht, daß sie schweigt, denn das Raisonnement der Legalen hat nur den Schein der Wahrheit.

Die begonnene Lösung der Bauernfrage kann den Aufstand nicht nur nicht verschieben, sondern muß ihn beschleunigen. Der sociale Fortschritt der Menschheit vollzieht sich auf zweierlei Weise: Durch ruhige und allmälige Entwickelung und durch gewaltigen und plötzlichen Sprung! Die letztere Weise des Fortschritts nennt man Revolution. Sie ist nach den Erfahrungen der Geschichte die gewöhnliche, für Polen aber unter den obwaltenden Verhältnissen die einzig mögliche. Seit dem ersten Ukas zur Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse (vom Jahre 1846) schreiben die Bauern alle Koncessionen, die ihnen gemacht werden, nicht dem Adel, sondern dem Czaren zu und fühlen sich nicht jenem, sondern diesem zu Dank verpflichtet. Ueberdies ist der Czar der einzige Gesetzgeber, die einzige den Bauern imponirende Macht; daher wird jede Reform als sein Werk betrachtet. Wird daher die sociale Frage auf dem von der russischen Regierung betretenen Wege der allmäligen Entwickelung gelöst, so dient sie nur zur Befestigung der Macht des Czaren. Soll ihre Lösung der nationalen Sache zum Vortheil gereichen, so muß sie im Wege des Aufstandes, verbunden mit der socialen Revolution erfolgen. Deshalb war der vom landwirthschaftlichen Verein gefaßte Beschluß der Eigenthumsverleihung an die Bauern im Wege der Zinsablösung als politischer Akt, durch den der Weg der regulären Entwickelung beschritten werden sollte, ein verspäteter, als revolutionärer Akt, zur Einleitung der socialen Revolution, ein verfrühter, weil er nicht durch den Aufstand unterstützt war. Er ist auch ohne alle Folgen geblieben und durch das Wielopolski'sche Zinsbarmachungsgesetz verdrängt worden.

Dennoch ist für die nationale Sache noch nichts verloren. Nicht bloß die Tagelöhner, die in die Zinsbarmachung nicht mit inbegriffen sind, sondern auch die Bauern, die sich durch dieselbe nicht befriedigt fühlen, sind für den Aufstand leicht zu gewinnen. Jenen verbürge man im wiederhergestellten Polen angemessenen Landbesitz, diesen statt Zinsbarmachung Eigenthumsverleihung, beiden Freiheit, Wohlstand, Bürgerrecht und beide Klassen werden bereit sein, den letzten Blutstropfen für die Unabhängigkeit Polens zu vergießen; denn der Sieg des Aufstandes ist der Triumph ihrer Menschen- und Bürgerrechte, der Sieg des Czaren ihr Verderben. Zu jeder Bewegung sind stets diejenigen, welche dabei etwas zu gewinnen haben, mehr bereit, als diejenigen, welche dabei etwas zu verlieren haben. Die Aristokratie ist überall konservativ. Bei uns kennt das Volk zu wenig die Vergangenheit, begreift zu wenig die Zukunft, als daß die Liebe zu Polen, das es nicht sieht, das es nicht begreift, das erst werden soll, die Anhänglichkeit an das, was es hat, was es mit Händen greift, in ihm überwiegen könnte. Wenn der Bauer heute den Czaren vertheidigt, so vertheidigt er das Erbpachtsverhältniß gegen die Frohnden. Man gebe ihm das volle Eigenthumsrecht und er wird es mit allen Opfern gegen das Erbpachtsverhältniß vertheidigen. Der Konservatismus des gewonnenen Wohlstandes, der ihn heute auf die Seite der Feinde stellt, wird ihn auf die Seite des Vaterlandes stellen. Aber man gebe diesem Konservatismus etwas zu konserviren, und zwar mehr, als der Czar gegeben hat, nämlich das Eigenthumsrecht.

Diese Nothwendigkeit haben weiter blickende Männer längst vorhergesehen. Als die bäuerliche Frage in den Februartagen im landwirthschaftlichen Vereine diskutirt wurde, sagte eins der achtbarsten Mitglieder des Vereins, nicht ein junger Heißsporn, sondern ein ernster Mann mit grauem Haar: „Wer weiß, ob ich nicht nach ein Paar Jahren auf dieser selben Tribüne von Ihnen, meine Herren, verlangen werde, daß Sie den Bauern plötzlich ohne Restriktion und Vorbehalte, das volle Eigenthumsrecht zusprechen." Diese Worte des Greises waren prophetisch!

Sonnenklar ist also: 1) die Bauernfrage kann den Aufstand nicht nur nicht aufschieben, sondern ihre begonnene Lösung ist ein Hauptgrund seinen Ausbruch zu beschleunigen; 2) die einzig mögliche, für das Land vortheilhafte Lösung dieser Frage kann nur durch die nationale Aufstandsregierung im Wege der Revolution bewirkt werden. Wie die vom landwirthschaftlichen Verein begonnene sociale Revolution, weil sie nicht durch den Aufstand unterstützt war, schon im Keime verkümmerte, so würde der Aufstand, der nicht die sociale Revolution unterstützt wäre, fallen, noch ehe er sich entfaltet hätte. Soll die sociale Revolution national sein, so bedarf sie des Aufstandes; soll der Aufstand Leben gewinnen, so bedarf er der socialen Revolution. Beide Handlungen müssen wie Leib und Seele miteinander verbunden sein, um Polen zu schaffen. (Fortsetzung folgt.)

Lokales und Provinzielles.

≃ Posen, 17. September. [Stadtverordnetensitzung.] Der Vorsitzende zeigt der Versammlung an, daß am Mittwoch den 24. d. Mts. ein Schauturnen von den Zöglingen der Realschule stattfindet, zu welchem die städtischen Behörden eingeladen sind. — Auf das Grundstück Nr. 391 in der Gerberstraße wird ein Darlehn von 8000 Thlrn. aus der städtischen Sparkasse unter den üblichen Bedingungen bewilligt. — Diverse Rechnungsvorlagen finden nach den Anträgen der betreffenden Fachkommissionen ihre Erledigung. — Die Anstellung der Frau des Lehrers Illing als Industrie-Lehrerin erhält die Zustimmung der Versammlung. — Die Verpachtung der Hallen am Wronkerthore an den Kaufmann Nathan Warschauer auf drei Jahre vom 1. Oktbr. d. J. an für eine jährliche Pacht von 54 Thlrn. wird genehmigt. — Der Magistrat hat der Versammlung die Anzeige gemacht, daß die erste Serie der Zinskupons zu den fünfprozentigen Stadtobligationen ult. December d. J. zu Ende geht, also zu dieser Zeit die Ausgabe der zweiten Serie erfolgen müsse. Da sich indeß diese Obligationen sämmtlich im Besitz der städtischen Sparkasse befinden, so beantragt der Magistrat, die Zinszahlung durch Kassenordre zu bewirken, um die Kosten für den Druck der Kupons zu ersparen. Von einigen Mitgliedern werden Bedenken gegen dieses Verfahren erhoben, die Versammlung acceptirt jedoch den Antrag des Magistrats dahin, daß wenigstens vorläufig keine Kupons ausgefertigt werden sollen, nachdem der Magistrat die Versicherung ertheilt, daß voraussichtlich durchaus kein Bedürfniß vorhanden sei, diese Obligationen in den Verkehr zu geben. — In Betreff der projektirten Eisenbahnen erstattet der Vorsitzende Bericht über die bisher gepflogenen Verhandlungen. (Das Resultat derselben ist aus den Zeitungen bereits bekannt.) Es wird beschlossen, die gemischte Kommission für diese Angelegenheit vorläufig noch fortbestehen zu lassen. Ueber den Antrag des Magistrats, 1000 Thlr. zu den Vorarbeiten zu bewilligen, wird die Beschlußfassung noch ausgesetzt. — Zum Schiedsmann für den I. Bezirk wird der Maurermeister Falbe erwählt. — Der Magistrat theilt ein Schreiben von dem Bureau des Abgeordnetenhauses mit, in welchem angezeigt wird, daß durch Beschluß des Abgeordnetenhauses die Petition der städtischen Behörden von Posen wegen Anstellung des Dr. Jutrosinski an der Realschule, der k. Staatsregierung zur Abhülfe überwiesen ist. (Das Nähere ist unsern Lesern bereits aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses bekannt.) Ein Antrag, dem Dr. Jutrosinski eine demnächst vakant werdende etatsmäßige Lehrerstelle an der Realschule provisorisch zu übertragen, wird der Schulkommission zur Vorberathung überwiesen. — Auf dem städtischen Kämmereivermögen haften noch einige Schulden an Kirchen in der Provinz, welche nach einem früheren Beschluß der Stadtverordneten, nachdem ihre Rechtmäßigkeit festgestellt, getilgt werden sollen. Die Kämmereikasse ist gegenwärtig in der günstigen Lage, zwei dieser Posten im Betrage von 8000 und 200 Thlrn. abtragen zu können, weshalb der Magistrat die Genehmigung hierzu nachgesucht, die auf Antrag der Finanzkommission von der Versammlung ertheilt wird. — Der Theaterdirektor Keller hat ein Gesuch an den Magistrat gerichtet um Ermäßigung der für das Stadttheater zu zahlenden Miethe. Mit Rücksicht auf die ungünstigen

Ergebnisse der Theaterverwaltung in den letzten Jahren beantragt der Magistrat, die Theatermiethe vom 10. Oktober ab pro Spielabend von 8 auf 6 Thlr. herabzusetzen, sowie die Miethe für die Gaseinrichtung fernerhin zu erlassen. Die Versammlung ertheilt ihre Zustimmung. — Der Vorsitzende bringt nach einem Schreiben des Magistrats zur Anzeige, daß das Abgeordnetenhaus die Petition der städtischen Behörden, betreffend den bei Arzneilieferungen für die städtischen Armen- und Kranken-Anstalten zu bewilligenden Rabatt, zur Tagesordnung übergegangen ist. — Die Stadtverordneten hatten bekanntlich zur Anschaffung einer Fahne für den Rettungsverein 80 Thlr. bewilligt, die Anfertigung derselben hat jedoch 187 Thlr. 15½ Sgr. gekostet. Der Magistrat ersucht nun um Bewilligung dieser Mehrkosten. Mehrere Mitglieder erklären sich gegen die Bewilligung; man hätte wohl vorher wissen können, ob für die beantragte Summe eine Fahne zu beschaffen sei. Die Versammlung beschließt, die Angelegenheit zunächst der Finanzkommission zur Prüfung zu überweisen. — Die Anstellung des Lehrers Bienwald aus Pleschen an der Mittelschule zum 1. Oktober d. J. wird genehmigt. — Mehrere Mitglieder der Versammlung haben einen dringlichen Antrag, betreffend die Aufhebung des Feuerversicherungs-Zwanges, eingebracht, dahin gehend, daß ein Gesuch an den Herrn Ober-Präsidenten gerichtet werden möge, derselbe wolle solche Vorkehrungen treffen, daß dem im Herbste zusammentretenden Provinzial-Landtage bereits eine Vorlage wegen Aufhebung des Versicherungszwanges gemacht werden könne. Die Versammlung schließt sich dem Antrage an. — Eine als dringend eingebrachte Vorlage des Magistrats beantragt, daß die Umpflasterung der Schützenstraße noch in diesem Jahre vorgenommen werden möge. Das Pflaster der Schützenstraße ist bekanntlich so schlecht, daß dieselbe für Fuhrwerke nur mit großer Vorsicht zu passiren ist; als Motiv für die Dringlichkeit ist namentlich der bedeutende Verkehr der Cegielski'schen Fabrik angeführt. Die Versammlung stimmt dem Antrage bei, indem sie den Wunsch ausspricht, daß der Magistrat die Umpflasterungsarbeiten, so weit möglich, im Wege der Minus-Licitation vergeben möge. — Schließlich theilte der Vorsitzende ein Schreiben des Magistrats mit, in welchem derselbe sich (wie in dieser Zeitung schon erwähnt) gegen die Voraussetzungen verwahrt, auf welche der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung in der Sitzung vom 16. Juli d. J., die bekannten ministeriellen Wahlerlasse betreffend, gegründet ist. Der Magistrat giebt nicht zu, daß er an einer ungesetzlichen Handlung Theil genommen, indem er auf Anweisung der königlichen Regierung die qu. Erlasse bei den städtischen Lehrern, nicht, wie man anzunehmen scheine, zur Nachahmung, sondern nur zur Kenntnißnahme habe cirkuliren lassen; er glaubt damit nur das gethan zu haben, wozu er nach §. 56 Nr. 1 der Städteordnung verpflichtet ist: die Verfügungen der ihm vorgesetzten Behörden auszuführen. Auch die Voraussetzung, daß den Stadtverordneten die Pflicht obliege, den Geschäftsbetrieb des Magistrats zu kontroliren, wird insofern als eine irrige bezeichnet, als diese Kontrole sich keineswegs auf die gesammte Verwaltung erstreckt, am wenigsten auf denjenigen Theil derselben, hinsichtlich dessen, wie im vorliegenden Falle, der Magistrat sich nur als Organ der ihm vorgesetzten Behörde zu betrachten hat. Der bekannte Beschluß der Stadtverordneten vom 16. Juli d. J. ist durch den Magistrat der königlichen Regierung mitgetheilt worden, eine Erwiderung darauf bis jetzt nicht erfolgt. Der Vorsitzende entwickelt nochmals den Standpunkt der Versammlung in dieser Angelegenheit, den er als ganz korrekt bezeichnet, und die Versammlung schließt sich diesen Ausführungen mit allen gegen eine Stimme an. Ein besonderer Antrag wird nicht gestellt. — Anwesend waren die Stadtverordneten Tschuschke (Vorsitzender), Annuß, B. H. Asch, R. Asch, Bielefeld, Dahlke, Dönniges, Feckert, Galezewski, Garfey, Graßmann, Sal. Jaffe, Sam. Jaffe, Janowicz, Knorr, Lipschitz, Löwinsohn, Lüpke, Mamroth, Matecki, Meisch, Meyer, Schimmelpfennig, Schmidt und Walther. — Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister, Geheimen Rath Naumann, die Stadträthe Baarth, v. Chlebowski, Müller, Samter und Stadtbaurath Wollenhaupt.

R Posen, 18. September. [Schwurgerichtssitzung vom 17. September.] Heute kamen drei Anklagesachen zur Verhandlung.

1) Gegen die Tagelöhner Jakob Szymanski und Joseph Woykiewicz von hier. Am 10. Februar c. wurden aus einem verschlossenen Pferdestalle im Hotel de l'Europe hierselbst, mittelst gewaltsamen Einbruchs, ein Rock, ein Pelz und ein Paar Stiefeln gestohlen. Des Diebstahls bezüchtigt werden beide Angeklagten. Szymanski hat den Rock am 16. Febr. c. verkaufen wollen und ist dabei verhaftet worden. Er behauptet, daß er denselben von dem Mitangeklagten Woykiewicz am 13. Febr. c. mit dem Auftrage, solchen zu verkaufen, erhalten habe. Die Sache wurde Behufs Vernehmung eines Zeugen vertagt.

2) Gegen den Lumpensammler Johann Gomulla zu Pinne. Im November 1861 ließ der Handelsmann Meyer Levin zu Pinne ¼ Klafter Birken Klobenholz anfahren und auf seinem Hofe abladen. Der Angeklagte wurde von Levin mit dem Zerkleinern des Holzes beauftragt und er hat diesen Auftrag auch ausgeführt. Während das Holz noch in Kloben und unverschlossen auf dem Hofe des Levin lag, sollen diesem mehrere Kloben gestohlen worden sein und er vermuthete, daß Gomulla der Dieb. Nachdem das Holz klein gemacht und in den Stall des Levin gebracht worden, verschloß dieser den Stall mit einem Vorhängeschlosse. Zwei Tage später trat Levin Nachts 11 Uhr auf seinen Hof, ging zu dem Holzstall, fand daß dieser offen stand und daß das Vorhängeschloß erbrochen war. Bei seinem Nähertreten entwich aus dem Stalle der Angeklagte. Diesen will Levin mit Bestimmtheit erkannt haben. Er trat aber den Alibibeweis an und wurde freigesprochen.

3) Gegen den Hausknecht Gottlob Sturm von hier. Der Angeklagte, welcher früher bei dem Kaufmann Neufeld hierselbst diente, war im März d. J. brotlos. Ihm war bekannt, daß Neufeld mit der Goldarbeiter-Wittwe Vogelsdorff früher in Geschäftsverbindung stand und dies benutzend, schrieb er einen Zettel, nach Inhalt dessen Neufeld die Wittwe Vogelsdorff ersuchte, ihm zur Ansicht zwei silberne Petschafte und eine goldene Broche zu senden. Unter diesen Zettel setzte der Angeklagte den Namen Neufeld und, indem er sich bei Abgabe des Zettels der Vogelsdorff gegenüber für den Hausknecht des Neufeld ausgab, empfing er von dieser für den Letzteren zwei silberne Petschafte und zwei goldene Busennadeln, die er dann anderweit verkaufte und den Erlös für sich verwendete. Am 2. April c. kam Sturm in den Dienst des Kaufmanns Müldauer hier. Bei diesem diente auch der Kellner Kratzel, welcher in einem im dritten Stockwerke des Müldauer'schen Hauses belegenen Zimmer wohnt. Am 9. April c., angeblich Nachts 11½ Uhr, während Kratzel in seinem Zimmer schlief, entwendete der Angeklagte aus diesem zwei Stöcke und ein paar Hosen, welche dem Kratzel gehörten. Der Angeklagte hat die gestohlenen Kleidungsstücke zum Theil verkauft, ist in allen Punkten geständig, weshalb unter Ausschluß der Geschworenen der Gerichtshof nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft und der Vertheidigung unter Annahme mildernder Umstände auf 4 Monat Gefängniß und 5 Thlr. Geldbuße erkannte.

Posen, 18. September. [Besuch.] In unserer Stadt weilt gegenwärtig der wirkliche geheime Rath Paplonski aus Warschau. Seine Anwesenheit in dieser Provinz soll mit den Vorbereitungen zur Eröffnung der Schulen im Königreiche Polen in Zusammenhang stehen. Es heißt, daß die Warschauer Universität zum 1. Oktober nun doch nicht werde eröffnet werden, weil nicht für alle Fächer Lehrkräfte gewonnen werden konnten. Kürzlich waren die Professoren Malecki und Zielonacki, Schüler des hiesigen Marien-Gymnasiums, jetzt an der Lemberger Universität thätig, hier und man meint, daß auch mit ihnen wegen ihrer Uebersiedelung an die Warschauer Hochschule unterhandelt worden sei.

— [Posen-Thorner Eisenbahn.] Auch die Stände des Kreises Schroda haben am 15. d. Mts. beschlossen, das Terrain zum Bau der Eisenbahn unentgeltlich herzugeben. Wie wir hören, ist dieser erfreuliche Beschluß hauptsächlich den Bemühungen des Herrn A. v. Radonski auf Krzeslic zu verdanken. Die Stände des Kreises Mogilno versammeln sich am 20. d. M. zu demselben Zwecke.

— [Der Verkauf gestempelter Wechselblankets] erfolgt nunmehr auch durch die Stempeldistributeure Stephan, Breite Straße, und Cleinow, Wilhelmsplatz.

— [Der Fabrikbesitzer Dr. Cegielski] ist vor einigen Tagen mit dem Chef seiner Fabrik, Leinweber, zum Besuch der Industrieausstellung nach London gegangen.

nz — [Turnverein.] Im November steht die Feier des Stiftungsfestes unseres Turnvereins bevor. Der Verein ist in seinem erfreulichen Wachsthum stets fortgeschritten und man fürchtet zu der bevorstehenden Festlichkeit (Schauturnen im Saale und Ball) kein ausreichendes Lokal zu finden. Wie wir vernehmen, beabsichtigt der Vorstand des Turnvereins sich mit der Theater-Direktion in Verbindung zu setzen, um das Fest in den Räumen des Theaters zu veranstalten.

— [Hunde-Maulkörbe.] In Breslau ging am 16. d. M. eine mit 346 Unterschriften bedeckte Petition an den Magistrat ab, in welcher um Abschaffung der Hunde-Maulkörbe gebeten wird. Es werden in dieser Petition ungefähr dieselben Gründe für die Abschaffung der Maulkörbe angeführt, welche Hofrath Dr. Perner in München, eines der thätigsten Mitglieder der Thierschutzvereine gegen die Maulkörbe anführt. Er sagt nämlich: „die Maulkörbe seien für die Hunde, deren Eigenthümer und die Polizeibehörde selbst eine vexatorische Einrichtung, indem dieselben ihren Zweck nicht erfüllten." In München wurde auch bereits 1858 die Bestimmung über das Tragen der Hunde-Maulkörbe aufgehoben. Seitdem soll dort kein Fall von Tollwuth mehr vorgekommen sein. In unserer Stadt wurde das Tragen der Maulkörbe bekanntlich erst vor einigen Jahren verordnet, indem mehrere hiesige Hunde von einem tollen Hunde waren gebissen worden; zunächst galt die Bestimmung für einige Wochen, dann aber für immer. Wir wissen wirklich nicht, ob wir uns für das Abschaffen des Tragens der Maulkörbe erklären sollen. Wenn die Hundeliebhaber sagen, diese Einrichtung sei eine vexatorische, so steht es ja vollkommen in ihrem Belieben, ihren Hunden solche Maulkörbe anzuschaffen, daß einerseits den Hunden kein lästiger Zwang angethan wird, andererseits aber auch ihnen das Beißen von Menschen und Thieren unmöglich gemacht wird. Wir sind der Ansicht, daß der Menschenschutz denn doch noch immer höher steht, als der Thierschutz, und halten deswegen die Einrichtung der Maulkörbe, um die Menschen gegen das Beißen der Hunde zu schützen, für eine vollkommen gerechtfertigte. Wer seinem Hunde nicht den „lästigen" Zwang des Maulkorbes anthun will, der lasse ihn ruhig zu Hause, und nehme ihn nicht in öffentliche Gärten und Lokale mit, welche für ein gebildetes Publikum bestimmt sind. Wohl mag es Hundeliebhabern Spaß machen, wenn ihre Hunde dort verschiedene Allotria treiben; aber die große Masse des Publikums findet einen Anstoß daran.

≏ Kosten, 16. Sept. [Der heutige Markt] war mit etwa 200 Pferden, meist Arbeitspferden, die, mit wenigen Ausnahmen, schlecht genährt waren, besetzt, von denen die meisten verkauft wurden. Rindvieh war verhältnißmäßig viel am Markt, indem gegen 150 Stück Ochsen und circa 230 Stück Kühe u. s. w. aufgestellt waren. Zugochsen wurden im Preise von 25—60 Thlr. gekauft. Kühe fanden bei lebhaftem Geschäfte einen schnellen Umsatz. Namentlich wurden die besseren Nutzkühe viel von auswärtigen, meist schlesischen Händlern erstanden und bald in großen Koppeln abgeführt. Der Preis hielt sich zwischen 25 und 40 Thalern. Selbst alte Kühe fanden für verhältnißmäßig hohe Preise gute Abnahme. Man bemerkt auch bei unseren kleinen Landwirthen, daß die seit längerer Zeit anhaltenden hohen Viehpreise dieselben zur Vieh- und Pferdezucht mächtig anspornen. Der Krammarkt war minder frequentirt; doch machten Kürschner, Schuhmacher und auch Schnittwarenhändler recht gute Geschäfte. Allgemeine Klage hören wir über Mangel an gutem Schlachtvieh. Diese Klagen mögen in Bezug auf die kleinen Städte, deren Fleischer ihren Bedarf am liebsten von den kleinen Grundbesitzern anzukaufen gewohnt sind, ganz gerechtfertigt erscheinen.

ρ Krotoschin, 16. Sept. [Lissa-Kalischer Eisenbahn; Konzert; Präsident Klebs; Kartoffelernte; Lieferungen der Naturalien in die Militärmagazine.] Nachdem das Gesuch des Lissaer Komité's wegen des Lissa-Kalischer Eisenbahnprojektes an das Handelsministerium gelangt ist, hat der hiesige Magistrat seinerseits unterm 6. d. M. eine Petition wegen des Baues dieser Eisenbahn an den königl. Handelsminister Herrn v. Holzbrinck eingereicht und darin darzuthun gesucht, von wie großem Interesse die Ausführung dieses Eisenbahnprojektes besonders auch für die Verkehrsverhältnisse in hiesiger Stadt und deren Umgegend ist. Die Handelsgeschäfte in unserer Stadt haben in dem Zeitraum der letzten zehn Jahre einen sehr günstigen Aufschwung, besonders auf dem Gebiete des Getreidehandels, genommen und ist so unsere Stadt nach und nach der Stapelplatz für Getreide aus dem hiesigen, Pleschener und Adelnauer Kreise geworden, von wo der Ueberschuß nach Breslau und dem Westen Deutschlands befördert wird. Ebenso bieten die bedeutenden Wälder in den Besitzungen des Fürsten von Thurn und Taxis und des Prinzen Heinrich XII. Reuß im hiesigen, so wie des Fürsten Radziwill im Adelnauer Kreise werthvolle Produkte für den Frachtverkehr der Eisenbahn. Die hiesige Stadt kann und muß es als eine Lebensfrage betrachten, daß die projektirte Eisenbahn von Lissa über Krotoschin nach Kalisch zur Ausführung kommt, weil der Gewerbefleiß, wie im ganzen südöstlichen Theile der Provinz, so auch hier sich immer mehr Bahn bricht und gerade dieser Theil der Provinz durch Eisenbahn-Anlagen vollständig vernachlässigt worden ist. — Sonntag, den 14. d. fand hierselbst das letzte Abonnementskonzert statt, ausgeführt von dem Musikkorps des Westpreußischen Ulanenregiments Nr. 1 aus Militsch. Das Konzert war ziemlich besucht und fanden sich noch gegen Abend viele Personen ein, als der Garten des Restaurateur Schorn bei einbrechender Dunkelheit durch bunte Ballons erleuchtet wurde. — Gestern Nachmittags traf der Bezirkskommissarius Präsident Klebs aus dem Adelnauer Kreise kommend, hier ein, bereist heute in Begleitung des Veranlagungs-Kommissars Landrath Krupka die einzelnen Einschätzungsbezirke hiesigen Kreises, wo die Bonitirungen Behufs anderweiter Regelung der Grundsteuer im vollsten Gange sind, und setzt morgen seine Reise nach dem Schrimmer Kreise fort. — Wie in diesem Jahre alle übrigen Feldfrüchte früher zur Reife gelangt sind, als andere Jahre so sind auch die Kartoffeln bei uns schon vollständig ausgewachsen und sind die meisten Grundbesitzer mit dem Ausnehmen derselben beschäftigt. Nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen ist der diesjährige Ertrag der Kartoffeln sowohl hinsichtlich der Quantität als der Qualität ein befriedigender zu nennen. — Das hiesige königl. Landrathsamt macht in der letzten Nummer des Kreisanzeigers bekannt, daß es in der Absicht der Militärverwaltung liege, den Bedarf von Naturalien für die königl. Militärmagazine möglichst direkt von den Produzenten zu beziehen, daß die königl. Intendantur den etwaigen Anerbietungen der Produzenten jede mögliche Berücksichtigung zugesichert hat, und daß die dem direkten Absatz ihrer Produkte an die Militärmagazine sich entgegenstellenden Hindernisse sofort bei dem königl. Kriegsministerium zur Anzeige zu bringen sind. Ob von dieser Offerte von einzelnen Produzenten des hiesigen Kreises wird Gebrauch gemacht werden, ist wohl sehr zu bezweifeln, da die nächsten Depotmagazine in Lissa und Posen für die Beförderung der Naturalien doch zu weit entlegen sind und der hiesige Ort hinreichend günstige Gelegenheit bietet, die Naturalien abzusetzen.

χ Aus dem Kreise Krotoschin, 16. Sept. [Verschiedenes.] Die Grundsteuerkommission ist im Kreise in voller Thätigkeit. Es wird in den vier Distrikten des Kreises die Bodenfläche bereits bonitirt. In diesen Tagen erwartet man den Präsidenten Klebs, welcher einer Gutsabschätzung beiwohnen will. — Ueber den Ausfall der Jagd sind unsere Jäger untröstlich. Es giebt sehr wenig Rebhühner und noch weniger Hasen. Bei jenen scheint die Brut verunglückt zu sein, denn man findet die Hühner meistens paarweise. — Einzelne Landwirthe lassen sich durch die trockene Witterung in der Saatbestellung, so weit dies möglich ist, nicht aufhalten. Nichtsdestoweniger nimmt diese Feldarbeit nur geringen Fortgang. Der sehnlich erwünschte Regen könnte diesem großen Nothstande abhelfen.

* Schroda, 15. September. [Wallfahrerzug; Obst; Telegraphenstation.] Am 13. d. M. wurden die von dem Ablasse aus Czenstochau zurückkehrenden Wallfahrer von dem Kollegiats-Geistlichen Samarzewsko vor der Stadt mit einer Prozession empfangen, und unter Gesängen, aber ohne Glockengeläute, und Vorantragung eines neuen großen Christuskreuzes, welches in Czenstochau die Weihe erhalten hatte, in die Kirche geführt, aus der nach Abhaltung eines kurzen Gottesdienstes jeder Wallfahrer den Weg nach seinem Heimathsorte einschlug. — Die diesjährige Obsternte übertrifft die von 1860, sowohl an Qualität als an Quantität bei weitem; denn das Quart Pflaumen kostet 6 Pfg., das Quart Birnen 4 Pfg. und zwar der schönsten Gattung. Die Oefen der Bäcker reichen zum Trocknen des Obstes nicht aus, und deshalb trocknen viele Leute ihr Obst auf dem nicht unweit von der Stadt befindlichen Ziegel-Brennofen. Dasselbe trocknet auf dem Ziegelofen viel gleichmäßiger als sonst, vorausgesetzt bei sonnigem Wetter. — Seit dem 1. d. M. ist hier eine Telegraphen-Station resp. Expedition eingerichtet. Der Telegraphenzug kommt nicht unmittelbar von Posen über Kostryn nach Schroda, sondern von Posen über Kostrzyn, Wreschen, Miloslaw nach Schroda. Der Umweg beträgt über 8 Meilen, Zeitverlust bloß einige Sekunden.

L Żerkow, 17. Sept. [Neubauten; Wölfe.] Von den im vergangenen Jahre durch Feuer zerstörten Häusern ist der größte Theil jetzt wieder aufgebaut, mehrere sind sogar schon wieder bewohnt. Unter manchen unpraktisch eingerichteten und verunglückten Bauten sehen wir hier auch mehrere recht schöne und niedliche Häuser. Auch die Schäden, welche im Juli d. J. der Sturm verursacht hat, werden zum Theil wieder gut gemacht, wenigstens so weit nur Reparaturen nöthig sind. Da die damals Verunglückten meist Polen sind, so hat sich der hiesige katholische Geistliche der Sache sehr angenommen und sucht durch veranstaltete Sammlungen den Leuten Hülfe zu bereiten. — Dieser Tage haben sich, wahrscheinlich in Folge der jetzt sich zeigenden Nebel dreister gemacht, die fast verschollen gewesenen Wölfe wieder einmal blicken lassen. Einer derselben zerriß an einem Walde zwischen hier und Jarocin bei dem Dorfe S. ein dort weidendes Pferd. Als davon Anzeige gemacht worden war, wurde auf Anrathen des Distriktskommissars der gebliebene Rest des Pferdes vergiftet, da man erwartete, daß der Wolf zu seiner Beute zurückkehren würde. In der Nähe stellten sich der Kommissar selbst, der hiesige und der Jarociner Gendarm und noch einige andere Leute auf die Lauer. Der Wolf jedoch fand es wahrscheinlich zu beschwerlich, zu der Mahlzeit, von welcher er einmal aufgestört worden, zurückzukehren, kam vielmehr, während man dort auf ihn wartete, auf der andern Seite des Waldes bei Radlin heraus und zerriß auch dort ein Pferd. Es wird nun wieder viel von einer bevorstehenden Wolfsjagd gesprochen. Dieselbe würde unbedingt, da sich bei den jetzt häufiger werdenden Nebeln die Wölfe mehr hervorwagen, größeren Erfolg haben, als die frühere.

ꝟ Bromberg, 16. Septbr. [Aus dem Regierungsbezirke; Verpflegungskosten; aus dem Handwerkerverein.] Im Laufe der beiden Monate Juli und August d. J. haben im Regierungsbezirke Bromberg überhaupt 42 Brände stattgefunden, durch welche 32 Wohnhäuser, 41 Wirthschaftsgebäude, 11 Scheunen, 16 Ställe, 3 Ziegelschuppen und 1 Wassermühle theils gänzlich zerstört, theils mehr oder weniger beschädigt wurden. Einer von diesen Bränden wurde durch das Einschlagen des Blitzes verursacht, über die Entstehungsart der übrigen schweben noch die Untersuchungsverhandlungen. — Nach bei der hiesigen königl. Regierung eingegangenen Ernteberichten ist die Ernte überall im Departement Bromberg unter sehr günstigen Witterungsverhältnissen vor sich gegangen und ihr Ausfall ein durchaus befriedigender. So viel sich schon jetzt übersehen läßt, liefern der Roggen eine Mittel-, das Sommergetreide eine gute Mittel-, der Weizen eine gute und die Kartoffeln, Hackfrüchte und das Obst eine ungemein reiche Ernte. Ungeachtet dieses guten Ernteresultats ist bis jetzt jedoch ein erhebliches Weichen der Lebensmittelpreise nicht eingetreten. — Da die Landwirthschaft und die andern Gewerbe hier immer mehr Hände beschäftigen, so ist das Tagelohn der arbeitenden Klassen im Steigen begriffen, Zimmer- und Maurergesellen erhalten hier in Bromberg z. B. jetzt schon pro Tag 25 Sgr. bis 1 Thlr. Arbeitslohn. — In Bezug auf Handel und Gewerbe zeigt sich im ganzen Bezirke ein lebhafter Verkehr. Die Fabrikanstalten und die Verwendung der Dampfkraft für gewerbliche Zwecke sind in steter Erweiterung und Vermehrung begriffen. Die Schifffahrt auf den hiesigen Wasserstraßen hat ungestörten Fortgang gehabt, da das Fahrwasser reichlich war. Den Bromberger Kanal passirten in den Monaten Juli und August 704 beladene und 290 unbeladene, in Summa 994 Kähne, so wie 2,101,294 □Fuß Flößholz aller Art. — Rücksichtlich der größeren Bauten öffentlicher Gebäude 2c. ist erwähnenswerth, daß der Bau der evangelischen Kirche in Wirsitz seiner Beendigung nahe ist, und der im Jahre 1840 durch Brand zerstörte Thurm der katholischen Kirche in Schubin ebenfalls noch in diesem Herbste vollendet werden wird. Die Stadtkommune Gnesen bereitet die Einrichtung eines Simultan-Progymnasiums vor und führt zu diesem Zwecke mit erheblichen Kosten ein umfangreiches Schulgebäude auf. Zur Verbesserung der Kommunikation wird Seitens der königl. Regierung dem Bau von Kreischausseen fortgesetzte Sorge zugewendet. Die Arbeiten zur Entwässerung der Ländereien des Netzethals oberhalb Labischin sind beendet; die Arbeiten zur Melioration der Netzbruchwiesen zwischen Pakosc und Bromberg werden noch fortgesetzt, dürften aber auch noch in diesem Herbste beendet werden.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden im Handwerker-Verein, des Lehrer Großkreuz von der hiesigen Bürgerschule, statt der bei dem Handwerkerstiftungsfeste üblichen Verpflichtung der Lehrer, die bei der Handwerkersonntagsschule beschäftigt sind, lieber jedem Lehrer aus der Vereinskasse Geld dafür zu bewilligen, wurde beschlossen, ihm, dem Vorsitzenden, sowie jedem seiner 5 oder 6 Kollegen je 2 Thlr. Verpflegungskosten zu gewähren. Einer der Lehrer soll dieses Anerbieten indeß zurückgewiesen haben, weil es ihm, wie ich höre, zu despektirlich erschien. — In der gestrigen Sitzung des Handwerkervereins im Tonn'schen Lokale wäre es beinahe zwischen einigen Mitgliedern zu einem ungeheuren Konflikte gekommen. Der frühere Kreisgerichts-Translateur, Referendar Böck fragte nämlich an, ob es nicht ein empfehlenswerthes Mittel sei, die Passage in frequenten Straßen dadurch zu erleichtern, daß man die Fußgänger durch Anschlagzettel u. s. w. daran gewöhne, stets auf der rechten Seite zu gehen, wie das in verschiedenen Städten üblich, und ob der Handwerkerverein nicht für diese Einrichtung wirken könne 2c. Hierauf erklärte der Kaufmann Herrmann Jakobi dem B., daß das ein Unsinn wäre u. s. w. Ganz empört hierüber sprach B. zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß der Vorsitzende einen solchen Ausdruck hier ge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

statte und erklärte, daß, wenn er noch Student wäre, er den ꝛc. Jakobs für seine Aeußerung sofort auf die Mensur fordern würde. Herr J. suchte später den Herrn B. dadurch zu beruhigen, daß er den qu. Ausdruck keineswegs gebraucht hätte, um ihn damit zu beleidigen ꝛc. — Nachdem der Mechanikus Bähr einen Bericht über die Londoner Industrieausstellung (die er auf Kosten des Handwerkervereins besucht), namentlich über Nähmaschinen und Wirthschaftsgegenstände gegeben, ging man zur Besprechung der Gewerbefrage über. Für die Abschaffung der Meisterprüfungen, aber Beibehaltung der Gesellenprüfung erklärte sich der Kaufmann Kusch, für Abschaffung aller Prüfungen der Kreisrichter Kienitz. Die Lehrlinge würden schon durch das Ehrgefühl angetrieben werden, etwas Tüchtiges zu lernen, und die Meister würden eine Ehre darein setzen, etwas Gutes zu lehren u. s. w. Buchbindermeister Huch bemerkte hierauf: Man sehe beim ersten Blick, daß der Redner kein Handwerker sei, und also auch von der Praxis bei Handwerkern in Bezug auf das leitende Ehrgefühl sich im Irrthum befinde. Die Gesellenprüfung sei noch der einzige Sporn für Lehrlinge, um etwas zu lernen, mit ihr würde auch jedes Streben ꝛc. fortfallen. Die Erfahrung lehre, daß jetzt schon bei den jungen Leuten der Hang zum Vergnügen ein ganz bedeutender sei; was würde das erst werden, wenn sie gar keine Gesellenprüfung abzulegen brauchten? u. s. w.

∈ Bromberg, 17. Sept. [Unterstützungsverein des Gymnasiums; Statistisches; Sommertheater.] Der von den Lehrern des hiesigen Gymnasiums gebildete Unterstützungsverein ist faktisch schon zu Anfang des Jahres 1857 ins Leben getreten, jetzt jedoch erst, nachdem sich die Grundsätze, auf welchen er beruht, bewährt haben, definitiv konstituirt. Zweck des Vereins ist, bei dem Tode eines Lehrers, der dem Vereine angehört hat, oder bei dem Tode der Frau oder der Wittwe eines solchen den Angehörigen zur Deckung der Begräbnißkosten eine Beihülfe, bestehend in einer festbestimmten Geldsumme (50 Thlr.) zu gewähren, ferner den Wittwen der verstorbenen Vereinsmitglieder eine regelmäßige jährliche Geldunterstützung zu gewähren, und endlich den Wittwen und Waisen verstorbener Vereinsmitglieder, wenn sie sich in besonderer Dürftigkeit befinden, durch außerordentliche Unterstützung zu Hülfe zu kommen, sofern die Fonds der Stiftung hierzu ausreichende Mittel gewähren. Der Fonds, aus welchen ausschließlich die Unterstützungen zur Deckung der Begräbnißkosten gewährt werden, wird durch regelmäßige, vierteljährliche, pränumerando zu leistende Beiträge gebildet, welche nach der Brune'schen Sterblichkeitstabelle unter der Annahme von 3½ Proz. Zinsen und unter der Annahme eines Altersunterschiedes zwischen Mann und Frau von 5 Jahren normirt sind. Der Fonds zur Unterstützung von Wittwen und Waisen besitzt bereits ein Kapital von etwa 2880 Thlr. Dasselbe hat sich bisher jährlich um 500 Thlr. vermehrt. Die Lehrer des Gymnasiums werden, wenn möglich, in jedem Winter in dem Gymnasialsaale Vorträge für gebildete Kreise veranstalten. Der Betrag des dafür zu vereinnahmenden Honorars soll nach Abzug der Kosten zu dem Unterstützungsfonds fließen. Die zu diesem Behufe im Jahre 1858 gehaltenen Vorlesungen haben der Stiftung ca. 142 Thlr. eingebracht. Diejenigen Lehrer, welche keinen solchen öffentlichen Vortrag halten wollen, verpflichten sich, eine oder einige Stunden in einer der beiden Vorbereitungsklassen zu halten, und das Honorar dafür, à Stunde mindestens 7½ Sgr., der Vereinskasse zu überlassen. Es sind hierdurch durchschnittlich jährlich 96 Thlr. eingekommen u. s. w. Jede Wittwe eines verstorbenen Vereinsmitgliedes empfängt von dem auf den Todesfall folgenden Quartale an eine jährliche Pension von 100 Thlr., welche in vierteljährlichen Raten pränumerando gezahlt wird. Die Oberaufsicht über den Verein steht dem k. Provinzial-Schulkollegium in Posen zu, dem auch alljährlich Seitens des Direktoriums ein kurzer Bericht über die Verhältnisse des Vereins eingesandt wird.

Die Zahl der Schüler, welche im Sommersemester 1861 das Gymnasium besuchten, betrug 350. In dem gegenwärtigen Schuljahre hat sich die Zahl derselben beträchtlich vermehrt. indem im Wintersemester deren 396 und im Sommersemester 381 das Gymnasium besuchten. Der Religion nach befanden sich in der Anstalt 301 Evangelische, 34 Katholiken und 46 Juden; der Nationalität nach 362 Deutsche und 19 Polen. — Der Schauspieldirektor Gehrmann hat zu morgen die letzte Vorstellung im hiesigen Sommertheater annoncirt, um mit seiner Gesellschaft nach Kulm zu gehen.

(Eingesandt.)

Suum cuique.

Als der Abgeordnete v. Gottberg in der 45. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. d. M. sich gegen den Kommissions-Antrag, d. i. gegen die Streichung der 6 Millionen Thaler im Militäretat erklärte, bemerkte er auch unter Anderm:

„Was die finanzielle Frage anlange, so trete er dem Finanzminister bei; es sei nachgewiesen, daß eine Ueberbürdung nicht vorliege. Er frage aber, wenn die 6 Millionen gestrichen würden, würde ein einziger Mann einen Groschen weniger zahlen? Man wisse sehr wohl, daß das nicht wahr sei. Das steuerzahlende Volk freue sich nicht, wenn noch mehr Beamte angestellt werden, es wolle gar keine Beamten mehr. Oder wolle man etwa die Schulmeister noch besser stellen? Sie würden dann die Position der besseren Leute in der Gemeinde überragen, und das sei entschieden vom Uebel."

Solche denkwürdigen Worte hat wohl noch nie ein Abgeordneter als nur v. Gottberg gesprochen. Ihm gebührte dafür öffentliche Anerkennung und wäre es wohl recht und billig, wenn alle Beamte und insbesondere die Schulmeister ihm dafür eine Dankadresse zuschickten.

Angekommene Fremde.

Vom 18. September.

HOTEL DU NORD. Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer Graf Żółtowski aus Czacz, Frau Rittergutsbesitzer v. Mańkowska aus Rudki, die Rittergutsbesitzer v. Wolniewicz aus Dembicz, Graf Chaumont aus Angoulêm, Graf Chambray aus St. Ramberg und v. Gallen aus Baden, Rentier v. Tergnier aus Montaubau, Direktor v. Toulouse aus Straßburg, Fabrikbesitzer v. Epernay aus Luxemburg, Tapetenfabrikant Möglin aus Reisen, die Kaufleute Lütmann und Leichtentritt aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer v. Sulerzycki aus Neudorf, Akademiker Klause aus Chomiąże, Gutsbesitzer v. Zielonacki aus Goniczki, Frau Gutsbesitzer v. Bogusławska aus Ostrowo, Frau Apotheker Kretschmer aus Schroda, Eisenhüttenbesitzer Sattler aus Sattlershütte, die Kaufleute Röckschmidt aus Paris und Zielsdorff aus Stettin.

SCHWARZER ADLER. Prakt. Arzt Dr. Cichocki aus Rogasen und Gymnasiallehrer Dr. Masłowski aus Dopiewice.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Sawicki aus Klein-Rybno, prakt. Arzt Dr. Sachs aus Neustadt a. W., Frau Oberst v. Osson aus Görlitz, königl. Oberförster Börner aus Berneuchen, Fabrikant Lorenz aus Glauchau und Gutsbesitzer Nierendorff aus Pommern.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Frau Gräfin v. Henkel aus Breslau, Frau Hauptmann v. Senfft aus Köslin, Staatsanwalt v. Houwald aus Samter, Fabrikant Ochs aus Magdeburg, Dr. jur. Linz und die Kaufleute Brünne und Lambert aus Berlin, Schwab aus Mannheim, Ahlemann und Gottliebson aus Stettin, Maho aus Paris, Herrmann aus Breslau und Lewy aus Inowracław.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Major und Rittergutsbesitzer v. Rudolphi aus Baborowko, Universitäts-Professor Kutzner nebst Frau und die Kaufleute Schlesinger aus Breslau, Gebrüder Alexander aus Driesen, Strich aus Berlin, Leutsch aus Frankfurt a. M. und Meyer aus Hamburg.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Łacki aus Posadowo, v. Radoński aus Dominowo, v. Mielęcki aus Labiszyn, v. Koralewski aus Polen, Szołdrzyński aus Siernik, Łaszczewski aus Jeżewo, v. Zakrzewski aus Osiek und v. Sczawiński aus Brylewo, die Gutsbes. Frauen v. Chodacka aus Pleschen und v. Radońska aus Daleszyno.

HOTEL DE PARIS. Frau Gutsbesitzer v. Długołęcka aus Czerniejewo, die Gutsbesitzer v. Ulatowski aus Morakowo und v. Walsleben aus Kirchen-Dombrowka.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Müller aus Frankfurt a. O. und Heppner aus Schrimm, Kaufmann und Handelsgärtner Halling aus Lissa, Rentier v. Grabowski und Fräulein v. Grabowska aus Krotoschin, Posthalter Klose nebst Frau aus Grätz, Landwirth Morgenstern aus Halle, Apotheker Krüger aus Stenszewo, Kreisphysikus Dr. Türk aus Schroda, Brauereibesitzer Hendryk nebst Frau aus Koźmin, Kämmerer Drewitz aus Rogasen, Gutspächter Kirstein und Ehrenrath Kruszewski aus Polen.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Friedeberger und Blyh aus Schrimm, Schlicke und Behrend aus Golin, Handelsmann Friedländer aus Schrimm und Schuhmachermeister Zgaski aus Czempin.

ZUM LAMM. Die Handelsfrauen Großinger aus Pommerswitz und Knippel aus Groß-Ellguth.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Musik und Leierkasten. Mit Bedauern muß man wahrnehmen, daß sich Leute um Sachen bekümmern, die sie gar nicht verstehen, wie z. B. in der Zeitung vom 16. September, wo es da in dem einen Artikel vom 11. September vorkommt, daß die Orgelspieler nur 2 Thaler Steuer zahlen und daß sie in die Häuser eindringen; dem ist jedoch nicht so, denn erstens schon mit dem 14. Lebensjahre müssen die Leute 16 Thaler Steuer zahlen und dann dringen sie nicht in die Häuser, sondern bleiben auf der Straße und schließlich muß bemerkt werden, daß das Unbequeme, wie es da ausgedrückt wird, sehr zu ertragen ist.

Familien-Nachrichten.

Heute früh 3 Uhr starb unsere brave gute Kinderfrau.
Diesen für uns herben Verlust theilen wir mit betrübtem Herzen mit.
Berlin, den 17. September 1862.
Carl Schipmann und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Berlin: Frl. A. Landwehr mit dem Hauptmann v. Schultzendorff, Frl. Cl. George mit dem Bauführer Pardow, Frl. Cl. Glück mit dem Kaufmann Och, Frl. Cl. Bergemann mit Hrn. Seuft; Mannheim: Frl. Nöther mit dem Kaufmann Heynemann; Münster: Frl. E. Natzmer mit dem Hauptm. v. Rosenzweig; Berlin: Frl. M. Lehmann mit dem Handschuhfabrikant G. Tacke, Frl. E. Arnstein mit dem Photographen D. Lehmann, Frl. R. Röder mit dem Herrn Isidor Löwing, Frl. B. Sayffärth mit dem Bäckermeister E. Marg, Frau M. Moritz mit Hrn. G. Hoffmann.

Geburten. Ein Sohn dem Notar Lehmann in Dresden, dem Gymn. Oberlehrer Dr. W. Radloff in Barnaul in West-Sibirien, Hrn. v. Flotow in Felsenhagen, dem Prediger Bartelt in Greifenhagen, Hrn. v. Heuduck in Schmiedeberg in Schl., dem Prediger Ideler in Fredersdorf, dem Baumstr. Howe in Guben, Hrn. Ed. Fick in Neustadt-Eberswalde, Landr. Tesmar in Greifenhagen, dem Lieut. v. Knobelsdorf-Brenkenhoff in Graudenz, Hrn. Hans v. Mutius in Gellenau, dem General-Agenten der Thuringia Erwin Anz in Hamm, dem Erbmarschall v. Bülow in Gudow; eine Tochter Hauptmann Rödiger in Wrietzen, dem Frhrn. v. Eckardstein in Haselberg, dem Hofarzt Dr Stubenrauch in Berlin.

Todesfälle. Verw. Frau Hofpostinspekt. Dörfert, Stadtwundarzt Timpe und ein Sohn des Krimin. Komm. Weber in Berlin, Frau E. Schuchard in Leipzig, Rentier P. George, Rentier H. Mohr, Rentier W. Ernst, Frau W. Mattern, Bäckermstr. L. Baumgarten, Gutsbes. A. Dahme und Frau Steuereinnehm. C. Schack in Berlin, Hr. E. v. Asten in Leipzig, Prem. Lieut. Aug. Müller I. in Koblenz, Frau A. v. Rosenberg-Gruszynska in Groß-Bestendorff, Frl. O. v. Hoym in Angermünde, Fräul. D. Kunkel in Sorau, Hr. B. v. Rabenau in Dresden, Frau Ros. Bretsch in Charlottenburg.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 17. Septbr. 1862.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Posener 4% alte Pfandbriefe	—	105	—
= 3½ = =	—	99¼	—
= 4 = neue =	—	99¼	—
= Rentenbriefe	—	99½	—
= Provinzial-Bankaktien	99	—	—
= 5% Prov.-Obligat.	—	—	—
= 5 = Kreis-Obligationen	—	102½	—
= 5 = Obra-Mel.-Oblig.	—	102½	—
= 4½ = Kreis-Obligationen	—	98	—
= 4 = Stadt-Oblig. II. Em.	—	98	—
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	91	—
= 4 = Staats-Anleihe	—	—	—
= 4½ = Freiw. Anleihe	—	—	—
= 4½ = St.-Anl. excl. 50u52	—	—	—
= 5 = Staats-Anleihe	—	108	—
= 3½ = Prämien-Anleihe	—	128¾	—
Schlesische 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpreuß. 3½ = =	—	—	—
Polnische 4 = =	—	88¼	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
= = Prior. Akt. Lit. E.	—	—	—
Stargard-Pos. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	88⅝	—
Ausländ. Banknoten große Ap.	—	—	—
Neueste 5% Ruff. Engl. Anleihe	—	—	—
5% Hypothekenbank-Certifikate	—	—	—

Roggen schwach behauptet. pr. Sept. 42⅞ bz. u. Br., Septbr.-Oktbr. 42⅛—1/12—42 bz., Okt.-Nov. 41⅞ Br., Nov. Dezbr. 40⅞ bz. u. Br., Dezbr.-Januar 40¾—⅝ bz. u. Gd., Frühj. 40¾ Gd., 41 Br.

Spiritus flau. Mit Faß pr. Sept. 16 5/12 bz. u. Gd., ½ Br., Okt. 16 bz., Br. u. Gd., Nov. 15⅞ Gd. u. Br., Dez. 15¼ Br., Jan. 15¼ Br., Frühj. 15 7/12—½ bz.

Börsen-Telegramm.

Berlin, den 18. September 1862.

Roggen, Stimmung matter.
= loko 50¼.
= September 50¼.
= Oktober-November 45¾.
Spiritus, Stimmung niedriger.
= loko 17¾.
= September 17½.
= Oktober-November 16½.
Rüböl, Stimmung flau.
= loko 14⅔ Br.
= September 14⅔.
= Oktober-November 14½.
Stimmung der Fondsbörse: fest.
Staatsschuldscheine 91⅛.
Neue Posener 4% Pfandbriefe 99⅜.
Polnische Banknoten 88½.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 16. Sept. Vrm. 8 Uhr — Fuß 1 Zoll.
= = 17. = = = = — = — =

Produkten-Börse.

Berlin, 17. Septbr. Wind: O. Barometer: 28⁵. Thermometer: früh 10° +. Witterung: sehr schön.

Weizen loko 65 a 78 Rt.

Roggen loko 50⅞ a 51 Rt., Septbr. 50¼ a 50⅛ a 50½ a 50⅜ bz., Br. u. Gd., Sept.-Oktbr. do., Okt.-Nov. 48⅛ a 48⅜ a 48¼ bz. u. Gd., 48⅜ Br., Nov.-Dezbr. 47¼ a 47⅜ a 47¼ bz. u. Gd., 47⅜ Rt. Br., Frühj. 46⅛ a 46¼ a 46⅛ Rt. bz., 46¼ Br., 46 Rt. Gd.

Große Gerste 36 a 40 Rt.

Hafer loko 22 a 24 Rt., Sept.-Oktbr. 22¾ Rt. bz., Okt.-Novbr. 22¾ Rt. bz., Nov.-Dez. 22¾ Rt. bz., Frühj. 23 Rt. bz.

Rüböl loko 14⅞ Rt. bz., 14¾ Br., Sept. 14¾ a 14⅞ Rt. bz. u. Gd., 14¹⁷/₂₄ Br., Sept.-Okt. do., Okt.-Nov. 14 7/12 a 14¹³/₂₄ Rt. bz., 14 7/12 Br., 14½ Gd., Nov.-Dez. 14½ a 14 5/12 Rt. bz. u. Gd., 14½ Br., Mai 14⅓ Rt. bz. u. Gd., 14⅜ Br.

Spiritus loko ohne Faß 18 1/12 a 18 Rt., Septbr. 17⅞ a 17 11/12 a 17¾ Rt. bz., Sept.-Okt. 17⅞ a 17 7/12 bz. u. Gd., 17⅝ Br., Oktbr.-Nov. 16¾ a 16⅝ Rt. bz. u. Gd., 16¾ Br., Novbr.-Dezbr. 16½ Rt. bz. u. Br., 16¼ Gd., Mai 16⅝ a 16⅞ Rt. bz. u. Gd., 16⅔ Rt. Br.

Weizenmehl 0. 4⅔ a 5⅛, 0. u. 1. 4¼ a 4¾ Rt. Roggenmehl 0. 3⅞ a 4, 0. u. 1. 3½ a 3¾ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 17. September.

Wetter: schön, etwas bewölkt. Temperatur + 15° R. Wind: NO.

Weizen, loko p. 85pfd. gelber Schles. 72—73½ bz., 84 pfd. feiner gelber Märk. 73½—74 bz., weißer Krakauer 75—77 bz., 83/85pfd. gelb. Sept.-Oktbr. 73½ bz., Frühj. 72¾, 72½ Rt. bz. u. Br.

Roggen, p. 2000 pfd. loko 49½—50½ bz., Septbr. 50 Gd., Sept.-Oktbr. 49, 48⅞, 49 bz., Okt.-Nov. 47 bz. u. Gd., 47¼ Br., Frühj. 45⅞, 45 Rt. bz.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer 24¼—25 Rt. p. 50pfd. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
66—75	48—53	32—36	22—26	48—53

Kartoffeln 15 Sgr., Heu 15—20 Sgr., Stroh 5—5⅓ Rt.

Rüböl loko 14⅔ bz., ½ Br., Septbr.-Oktbr. 14⅔ Br., ¼ Gd., Okt.-Nov. 14¼ Br., Novbr.-Dez. 14⅛ Br., April-Mai 14¼ Rt. bz.

Spiritus loko ohne Faß 17 7/12, ½ bz., Sept. 17⅛ bz., Sept.-Okt. 16 11/12 Br., Okt.-Nov. 16 Br., Frühjahr 15 11/12 Rt. bz., 16 Br. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 17. Septbr. Früh Nordwest-, sodann Nordostwind. Wetter bewölkt, früh 9° Wärme.

Weißer schlesischer Weizen p. 85pfd. 75—78—81—84 Sgr., gelber schlef. 73—75—77—79 Sgr., weißer galiz. und poln. 73—79—80 Sgr., gelber und bunter 72—74 Sgr., feinste Sorten über Notiz.

Roggen p. 84pfd. 52—54—57—59 Sgr.

Gerste p. 70pfd. 39—40½ Sgr.

Hafer p. 50pfd. 22—24 Sgr.

Kocherbsen 50—54 Sgr., Futtererbsen 45—48 Sgr.

Winterraps 220—235—250 Sgr., Winterrübsen 216—228—240 Sgr. Sommerrübsen 192—202—216 Sgr. p. 150 Pfd. Brutto.

Rother alter Kleesamen 8—13¾ Rt., neuer 14—16½, weißer 14—18½ Rt., hochfeiner darüber p. Ctr.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 16⅔ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Septbr. 45 Br., Septbr.-Oktbr. 44½ Br., Okt.-Nov. 43⅛ Gd. u. Br., Nov.-Dez. 42¾ Gd., April-Mai 42½ Br.

Hafer, p. Septbr. u. Sept.-Oktbr. 19¾ Gd., April-Mai 21 bz. u. G.

Rüböl loko und p. Sept. 14½ Br., Sept.-Oktbr. 14¹¹/₂₄ Br., Okt.-Nov. 14½ Br., Nov.-Dez., Dez.-Jan. und Januar-Febr. 14¼ Br., April-Mai 14 Br.

Spiritus loko und p. Septbr. 16¾ G., Sept.-Okt. 16½ Gd. u. Br., Oktbr.-Novbr. 16 Br., Novbr.-Dezbr. 15⅝ bz., April-Mai 15⅝ Br. (Br. Hdlsbl.)

Magdeburg, 17. Sept. Weizen 67—70 Thlr., Roggen 50—52 Thlr., Gerste 37—40 Thlr., Hafer 24—26 Thlr.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 17. September. Weizen loko und ab Auswärts weichend. Roggen loko stille, ab Ostsee unverändert und geschäftslos. Oel Oktober 31⁵/₈, Mai 29³/₄. Kaffee fest, Riopost abwartend.

Amsterdam, 17. September. Weizen 10 Fl. niedriger. Roggen unverändert. Raps Oktober 84, April 85½. Rüböl Herbst 48, Mai 48¼.

London, 17. September. In Getreiden beschränktes Geschäft; Preise nominell und unverändert.

Liverpool, 17. Sept. Baumwolle: 1000 Ballen Umsatz; Preise ruhig, aber weichend.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 17. Septbr. 1862.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	102½ bz	
Staats-Anl. 1859	5	108¼ bz	
do. 50, 52 konv.	4½	100 bz	
do. 54, 55, 57, 59	4½	102½ bz	[1859r
do. 1856	4½	102½ bz	[102¾bz
do. 1853	4	100¼ B	
Präm.St.Anl. 1855	3½	128 bz	
Staats-Schuldsch.	3½	91¼ bz	
Kur-u Neum Schldv	3½	90¼ G	
Berl. Stadt-Obl.	4½	103½ bz	
do. do.	3½	90 G	
Berl. Börsenh. Obl.	5	104¾ bz	
Pfandbriefe: Kur- u. Neu- Märkische	3½	93 bz	
do.	4	102¼ B	
Ostpreußische	3½	89½ G	
do.	4	99¾ G	
Pommersche	3½	91⅞ G	
do. neue	4	101⅛ bz	
Posensche	4	104⅜ bz	
do.	3½	99¼ G	
do. neue	4	99⅜ bz	
Schlesische	3½	94¾ G	
do. B. garant.	3½	— —	
Westpreußische	3½	88¾ bz	
do.	4	99¾ G	
do. neue	4	99⅜ G	
Rentenbriefe: Kur-u Neumärk.	4	100⅛ bz	
Pommersche	4	100⅛ bz	
Posensche	4	99¾ G	
Preußische	4	99⅞ G	
Rhein.-Westf.	4	99¾ bz	
Sächsische	4	100⅜ B	
Schlesische	4	100½ bz	

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	56½ B
do. National-Anl.	5	65⅛ G
do. 250fl. Präm. Ob.	4	71½ B
do. 100fl. Kred. Loose	—	70 B
do. 5prz. Loose (1860)	5	72 bz u B
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	88 etw bz u G
6. do.	5	96¼ G
Englische Anl.	5	94⅜ G
N. Ruff. Egl. Anl	3	59½ B
do.	4½	89 G
do. v. J. 1862	5	92⅛ G
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	85 bz u G
Cert. A. 300 Fl.	5	94½ G
do. B. 200 Fl.	—	24 G
Pfdbr. n. i. SR.	4	88½ bz u B
Part. O. 500 Fl.	4	92½ G
Hamb. Pr. 100 BM.	—	98 G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	57¾ etw bz
Neue Bad. 35fl. Loos.	—	31¾ bz
Dessauer Präm. Anl.	3½	107 G
Schwed. Präm. Anl.	—	100 etw bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	114¾ G
Berl. Handels-Ges.	4	93½ G
Braunschwg. Bank-	4	80¼ etw bz
Bremer do.	4	104¾ B
Coburger Kredit-do.	4	78½ etw bz
Danzig. Priv. Bk.	4	103 G
Darmstädter Kred.	4	90 etw bz u B
do. Zettel-Bank	4	100 G
Dessauer Kredit-B.	4	3¼ B
Dessauer Landesbk.	4	24½ bz u G
Disk. Komm. Anth.	4	97¾ bz u B
Genfer Kreditbank	4	42¼ G
Geraer Bank	4	93 etw bz
Gothaer Privat do.	4	84 G
Hannoversche do.	4	99½ B
Königsb. Privatbk.	4	100 B
Leipziger Kreditbk.	4	77⅜ etw bz
Luxemburger Bank	4	102¼ G
Magdeb. Privatbk.	4	90½ G
Meininger Kreditbk.	4	92⅛ G
Moldau. Land. Bk.	4	26¼ etw bz u B
Norddeutsche do.	4	98½ bz
Oestr. Kredit- do.	5	85⅛ bz u B
Pomm. Ritter- do.	4	94½ bz
Posener Prov. Bank	4	99 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	122 G
Rostocker Bank	4	116¼ B
Schles. Bankverein	4	98 etw bz u B
Thüring. Bank	4	59¼ G
Vereinsbnk. Hamb.	4	101½ G
Weimar. Bank	4	83¾ bz

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	94 B	
do. II. Em.	4	92½ bz	
do. III. Em.	4½	99¾ B	
Aachen-Mastricht	4½	71½ G	
do. II. Em.	5	— —	
Bergisch-Märkische	4½	101¼ B	
do. II. Ser. (1850)	4½	101 bz	
do. II. Ser. (1855)	5	— —	
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	85 bz	
do. IV. Ser.	5	— —	[4½ 100½
do. Düsseld. Elberf.	4	94½ bz	[bz
do. II. Em.	5	— —	
III. S. (Dm.-Soest	4	94 B	
do. II. Ser.	4½	100 B	
Berlin-Anhalt	4	100½ G	
do.	4½	101¾ B	
Berlin-Hamburg	4½	100 B	
do. II. Em.	4½	— —	
Berl. Potsd. Mg. A.	4	99 G	
do. Litt. B.	4	99 G	
do. Litt. C.	4½	100¾ bz	
do. Litt. D.	4½	100⅜ G	
Berlin-Stettin	4½	101 G	
do. II. Em.	4	96¾ bz	
do. III. Em.	4	96 bz	
do. IV. S. v. St. gar.	4½	101¾ bz	
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —	
Brieg-Neißer	4½	— —	
Cöln-Crefeld	4½	100 B	
Cöln-Minden	4½	102 G	
do. II. Em.	5	103 G	
do.	4	96½ G	
do. III. Em.	4	95 bz	
do.	4½	101⅜ bz	
do. IV. Em.	4	94¼ bz	
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	92¼ B	
do. III. Em.	4½	— —	
Magdeb. Halberst.	4½	102¾ bz	
Magdeb. Wittenb.	4½	100⅛ G	
Niederschles. Märk.	4	99¼ G	
do. conv.	4	99 G	
do. conv. III. Ser.	4	98⅝ G	
do. IV. Ser.	4½	101¾ bz	
Niederschl. Zweigb.	5	100½ G	
Nordb., Fried. Wilh.	4½	— —	
Oberschles. Litt. A.	4	— —	
do. Litt. B.	3½	— —	
do. Litt. C.	4	— —	
do. Litt. D	4	97 bz	
do. Litt. E.	3½	85⅜ bz	
do. Litt. F	4½	101¾ bz	
Oestr. Französ. St.	3	272½ bz	
Oestr. südl. Staatsb.	3	263½ B	
Pr. Wilh. I. Ser.	5	101 B	
do. II. Ser.	5	101 B	
do. III. Ser.	5	101 B	
Rheinische Pr. Obl.	4	93½ G	
do. v. Staat garant.	3½	89 B	
do. Prior. Obl.	4½	99¾ bz	
Rhein-Nahe v. St. g.	4½	101 G	
do. II. Em.	4½	101 G	
Ruhrort-Crefeld	4½	99¾ bz	
do. II. Ser.	4	— —	
do. III. Ser.	4½	99¾ B	
Stargard-Posen	4	— —	
do. II. Em.	4½	101 G	
do. III. Em.	4½	101 G	
Thüringer	4½	100⅜ G	
Thüringer II. Ser.	4½	— —	
do. III. Ser.	4½	100⅜ G	
do. IV. Ser.	4½	101 bz	

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	87 bz
Aachen-Mastricht	4	32 bz
Amsterd. Rotterd.	4	90½ bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	110⅜ bz
do. Lt. B.	4	106 G
Berlin-Anhalt	4	139½ bz
Berlin-Hamburg	4	120 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	212½ bz
Berlin-Stettin	4	131-32 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	136½-38¼ bz
Brieg-Neiße	4	83 bz
Cöln-Minden	3½	182 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	58⅛ bz
do. Stamm-Pr.	4½	92⅝ G
do. do.	5	95 G
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	139¼ B
Magdeb. Halberst.	4	320 G
Magdeb. Leipzig	4	258 G
Magdeb. Wittenb.	4	44¾ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	128-¼ bz
Mecklenburger	4	60⅝ etw 61 Gd bz
Münster-Hammer	4	98 B
Niederschles. Märk.	4	99⅜ bz
Niederschl. Zweigb.	4	71½ bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	65-64¾-⅞ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	171 bz
do. Lt. B.	3½	151 bz
Oest. Franz. Staat.	5	126½-26 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	146 bz u B
Oppeln-Tarnowitz	4	50 bz
Pr. Wilh. (Steel-V)	4	58½ G
Rheinische	4	98 bz
do. Stamm-Pr.	4	101¾ G
Rhein-Nahebahn	4	25⅝ G
Ruhrort-Crefeld	3½	91 B
Stargard-Posen	3½	114 bz
Thüringer	4	126 G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113¼ bz
Gold-Kronen	—	9. 7¼ G
Louisd'or	—	110 bz
Sovereigns	—	6. 22 bz
Napoleonsd'or	—	5. 10¾ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 461 bz
Dollars	—	1. 11⅜ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 23 G
K. Sächs. Kaff. A.	—	99⅞ G
Fremde Noten	—	99¼ G
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ G
Oestr. Banknoten	—	79¾ bz
Poln. Bankbillets	—	88⅜ bz
Russische do.	—	88⅜ bz

Industrie-Aktien.

Deff. Kont. Gas-A.	5	120¼ G
Berl. Eisenb. Fab.	5	94½ G
Hörder Hüttenv. A.	5	93½ G
Minerva, Brgw. A.	5	32¾ G
Neustädt Hüttenv.	4	4½ etw bz
Concordia	4	109½ G
Magdeb. Feuerverf	4	505 B

Wechsel-Kurse vom 16. Septbr.

Amstrd. 250 fl. 10T	4	143⅜ B
do. 2 M.	4	142¾ bz
Hamb. 300 Mk. 8T.	4	151¾ bz
do. do. 2 M.	4	150¾ bz
London 1 Lstr 3M.	3	6. 21½ bz
Paris 300 Fr. 2M.	3½	80 1/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	—	79⅜ bz
do. do. 2 M	5	78½ bz
Augsb 100 fl 2M.	3	56. 24 G
Frankf. 100 fl. 2M	2½	56. 26 G
Leipzig 100 Tlr. 8T	4	99⅜ G
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3W	5	98⅜ bz
do. do. 3 M	4	97⅜ bz
Brem. 100 Tlr. 8T	2½	109⅜ bz
Warschau 90 R. 8T.	5	88⅜ bz

Die heutige Börse war sehr lebhaft und zeigte viel Begehr für inländische Effekten.

Breslau, 17. September. Das Geschäft war an heutiger Börse nicht lebhaft. Fonds wenig verändert. Eisenbahn-Aktien fest.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bank-Akt. 85⅝-¾ bz. u. Br. Oestr. Loose 1860 —. Posener Bank —. Schlesischer Bankverein 98 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Akt. 136¾ Br. dito Prior. Oblig. 97½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. D. —. dito Prior. Oblig. Lit. E. —. Köln-Mind. Prior. 94¼ Br. Neiße-Brieger 83¾ Br. Oberschles. Lit. A. u. C. 170¾ Br. do. Lit. B. 150 Br. do. Prior. Oblig. 97¼ Br. do. Prior. Oblig. 102⅜ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 85¾ Br. Oppeln-Tarnowitzer 50 Br. Kosel-Oderberger 58 Br. do. Prior. Oblig. —. do. Prior. Oblig. —. do. Stamm-Prior. Oblig. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Mittwoch 18 September, Nachmittags 2 Uhr 30 Minut. Oestreichische Effekten, besonders Kreditaktien etwas billiger.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preuß. Kassenscheine 104⅞. Ludwigshafen-Berbach 138⅞. Berliner Wechsel 105⅛. Hamburger Wechsel 88⅞. Londoner Wechsel 118⅞. Pariser Wechsel 93¾. Wiener Wechsel 92⅞. Darmstädter Bankaktien 226. Darmstädter Zettelbank 250. Meininger Kreditaktien 92. Luxemburger Kreditbank 10?. 3% Spanier 48¾. 1% Spanier 44¼. Span. Kreditbank Pereira 580. Span. Kreditbank von Rothschild 515. Kurhessische Loose 57¾. Badische Loose 55⅛. 5% Metalliques 54. 4½% Metalliques 47¾. 1854r Loose 70¼. Oestreichische National-Anlehen 63¾. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 221. Oestr. Bankantheile 739. Oestreichische Kreditaktien 198½. Neueste östreich. Anleihe 72½. Oestreich. Elisabethbahn 122½. Rhein-Nahebahn 21¼. Hessische Ludwigsbahn 129.

Hamburg, Mittwoch 18. September, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Fest bei ziemlichem Geschäft.

Schlußkurse. National-Anleihe 64¾. Oestr. Kreditaktien 84¼. 3% Spanier 45¼. 1% Spanier 42¼. Mexikaner 31. Vereinsbank 101⅞. Norddeutsche Bank 99. Rheinische 96⅞. Märkisch-Bergische —. Nordbahn 64¼. Diskonto 3¼.

London, Mittwoch 18. Septbr., Nachmittags 3 Uhr.

Konsols 93⅛. 1% Spanier 44½. Mexikaner 32⅞. Sardinier 83. 5% Russen 95. Neue Russen 93.

Der Dampfer aus Rio Janeiro ist am 14. d. in Lissabon angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.